E&W

Erziehung & Wissenschaft 02/2021
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

Deutschland sucht die Bildungsmilliarden

MECHTHILD SCHROOTEN

Foto: Rainer Sievert

Mangelwirtschaft beenden!

Covid-19 verursacht in vielen Lebensbereichen großes Leid. Die Pandemie hat das chronisch unterfinanzierte Bildungssystem an die Grenzen seiner Belastbarkeit gebracht. Die jahrelange Mangelwirtschaft verursacht aktuell hohe Kosten. Diese Krisenkosten fallen jedoch kaum bei den politisch Verantwortlichen an. Die immensen direkten und indirekten Kosten werden aktuell von engagierten Beschäftigten, Schülerinnen und Schülern, Kindern, Studierenden und Eltern getragen.

Dabei wird immer klarer: Kinder wollen Schule und Kita! Eltern wollen Schule und Kita! Studierende wollen Hochschule! Selten hat Schule, selten hat Bildung eine solche gesamtgesellschaftliche Wertschätzung erfahren. Die Beschäftigten im Bildungssektor wachsen aktuell vielfach über sich hinaus, entwickeln neue Formate und Vermittlungsformen. Das alles ist eine wunderbare Ausgangslage für eine kräftige Bildungsoffensive.

Doch eine Bildungsoffensive bedeutet mehr als eine halbherzige Digitalisierung vorhandener Prozesse. Sie setzt voraus, dass der in jeder Hinsicht systemrelevante Bildungssektor dauerhaft gut finanziert wird. Der internationale Vergleich zeigt, dass Deutschland einen erheblichen Nachholbedarf hat. In der Bundesrepublik liegen die Bildungsausgaben systematisch unter dem Durchschnitt in den Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). So erreichten die Ausgaben für die Primarstufe bis zum Tertiärbereich 2017 gerade einmal 4,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts; der OECD-Durchschnitt lag bei 4,9 Prozent. Gemessen in Euro entspricht die Differenz zum Durchschnitt in etwa 23 Milliarden Euro. Diese Summe ist erheblich; diese Finanzmittel fehlen jedes Jahr.

Die Mangelwirtschaft im deutschen Bildungssektor ist seit langem bekannt. Marode Schulgebäude symbolisieren Politikversagen. In der Pandemie-Zeit entstand aus der chronischen Unterfinanzierung eine massive zusätzliche Belastung. Investitions- und Innovationsstau passen nicht zu harten Hygienestandards. Zwar hat die öffentliche Hand für Bildung pandemiebedingt kurzfristig Finanzmittel bereitgestellt. Aber in einer Katastrophenzeit aufzuholen, was jahrelang vernachlässigt wurde, ist eine besondere Herausforderung.

Tatsächlich meistert der Bildungssektor in der Pandemiezeit komplexeste Herausforderungen innerhalb kürzester Zeit. Wenn er das schafft, so geht dies aber kaum auf kluge politische Entscheidungen zurück. Vielmehr hält das außerordentliche Engagement der Beteiligten die Bildungsinfrastruktur am Laufen. „Ehrenamt im Hauptamt“ und Improvisation mögen zwar kurzfristig weiterhelfen, ersetzen jedoch kein tragfähiges Konzept.

Während die meisten Menschen noch mit der Pandemiebewältigung im Alltag beschäftigt sind, ist auf der politischen Ebene längst ein Verteilungskampf um die zukünftige Staatsfinanzierung entbrannt. Die aktuelle Kreditfinanzierung außerordentlicher Ausgabenprogramme wird mit Sicherheit nicht dauerhaft aufrechterhalten werden können. Der Bildungssektor darf nicht wieder der Kassenlage von Kommunen und Bundesländern ausgeliefert werden. Der Bildungsföderalismus steht vor einer Bewährungsprobe.

Der Bildungssektor liefert viel mehr als Wissen. Zentrale Stichworte sind neben Chancen, Betreuung und Erziehung vor allem individuelle Förderung und emotionale Ansprache – dies und vieles mehr wird im Kontext von Bildung geboten. Genügend Geld für Bildung muss da sein, sonst droht unsere Gesellschaft, noch weiter auseinander zu driften. Bildung hat im Kern weitreichende verteilungspolitische Konsequenzen. Eltern, Kinder, Schülerinnen und Schüler, Studierende und die Beschäftigten im Bildungssektor haben es verdient, dass die Mangelwirtschaft der Vergangenheit angehört.

Mechthild Schrooten,
Professorin für Volkswirtschaftslehre, Hochschule Bremen

Inhalt

Prämie des Monats
Seite 5

Gastkommentar
Mangelwirtschaft beenden! Seite 2

Impressum Seite 3

Auf einen Blick Seite 4

Prämie des Monats Seite 5

Schwerpunkt: Bildungsfinanzierung
1. Der Putz ist ab: Deutschland sucht die Bildungsmilliarden Seite 6
2. GEW-Kommentar von Marlis Tepe: Mischen wir uns ein! Seite 9
3. Blick hinter die Kulissen: Hilfreicher Corona-Schock? Seite 10
4. Digitalpakt Weiterbildung: Es fehlt an allem Seite 14
5. Finanzierung der Pandemie-Kosten: „Schuldenbremse ist eine Todsünde“ Seite 16
6. Privatschulen im Aufwind: Das Ungleichgewicht nimmt zu Seite 18

Gesellschaftspolitik
1. Die GEW und das NS-Erbe: Keine Geschichte von Helden und Schurken Seite 20
2. Die GEW und die Berufsverbote: „Verhärtung und Frontenbildung“ Seite 42

Dialog: Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren Seite 23

Schule
1. Musikalische Mathe-Nachhilfe auf YouTube: Die Transzendenz von Pi Seite 27
2. Deutschland in der TIMSS-Studie 2019: Im Mittelmaß eingerichtet Seite 36

Hintergrund: Digitalisierung in der Corona-Pandemie
1. Digitale Technik für Lehrkräfte: Das Gerätedilemma Seite 28
2. Lernen im Lockdown: Hybridunterricht meist zum Scheitern verurteilt Seite 30
3. Distanzunterricht der Berufskollegs in NRW: Die Lehrkräfte haben es gewuppt Seite 32
4. Systemfehler mit Folgen: Keine Tablets für Geflüchtete Seite 34

Berufliche Bildung
2020 deutlich weniger Ausbildungsverträge: Hausgemacher Fachkräftemangel Seite 38

Jugendhilfe und Sozialarbeit
Aufwachsen mit Mehrsprachigkeit: Deutsch bleibt dominant Seite 40

Leserforum Seite 44

Diesmal Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 73. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redaktion: Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Die E&W finden Sie als PDF auf der GEW-Website unter:
www.gew.de/eundw.
Hier wird die E&W auch archiviert.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann GmbH
Kurhessenstraße 14
60431 Frankfurt am Main

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 01.01.2019,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH unter
www.presse-monitor.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Aktuelle Infos zur Corona-Pandemie
www.gew.de/corona

Britta Ernst: KMK-Vereinbarungen umsetzen

Foto: imago images/Martin Müller

Britta Ernst

Die neue Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), die brandenburgische Bildungsministerin Britta Ernst (SPD), hat angekündigt, die einzelnen Aufgaben der im Oktober 2020 beschlossenen Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen umzusetzen.

Die GEW hatte die Beschlüsse der KMK im vergangenen Oktober als „schwarzen Tag für die Bildung" kritisiert. Prüfungen würden zentralisiert und normiert, Qualität solle über noch mehr Tests und Bildungsstandards gesichert und veraltete Pädagogik jetzt auch digital betrieben werden, so die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe.

Leichter Mitgliedergewinn

Die Mitgliederzahl der GEW ist 2020 stabil über 280.000 geblieben. Im Vergleich zu 2019 hat die Bildungsgewerkschaft über 100 Mitglieder gewonnen. Sie verzeichnete zum Stichtag 31. Dezember 2020 280.452 Mitglieder. „Obwohl wir wegen der Pandemie über Monate nicht in den Bildungseinrichtungen präsent sein konnten, haben wir unter dem Strich einen kleinen Mitgliederzuwachs. Damit festigt die GEW ihre Position als mitgliederstärkste Lehrkräfte- und Bildungsgewerkschaft in Deutschland", so Vorsitzende Marlis Tepe.

Neue GEW-Spitze in Bayern

studioline Photography München

Martina Borgendale

Die GEW Bayern hat eine neue Spitze: Ende 2020 wählten die Delegierten des Landesverbandes in einer ausschließlich digitalen Konferenz Martina Borgendale zur neuen Vorsitzenden. Die 41-Jährige ist Lehrerin an einer kommunalen Ganztagsrealschule in Nürnberg. Sie hat bereits seit 2017 als stellvertretende Vorsitzende der GEW Bayern Erfahrungen gesammelt. Borgendale löst Anton Salzbrunn ab, der seit Juni 2015 Chef der GEW Bayern war.

Wochen gegen Rassismus

Die GEW ruft dazu auf, sich vom 15. bis 28. März an den UN-Wochen gegen Rassismus zu beteiligen. Die Aktionswochen stehen unter dem Motto „Solidarität. Grenzenlos". Sie bieten eine gute Gelegenheit, um in der schulischen oder außerschulischen Bildungsarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sowie in zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Rassismus und für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft aktiv zu werden. Anregungen und Tipps sowie Materialien zu den Wochen gibt es unter https://stiftung-gegen-rassismus.de/iwgr.

Eine erweiterte Zusammenstellung mit Handreichungen, Literatur und Materialien zur rassismuskritischen Bildungsarbeit gibt es unter www.gew.de/material-rkb.

Internationale Solidarität

Die Corona-Krise ist eine weltweite Bildungskrise: Bildungsungleichheit und Kinderarbeit nehmen zu, die Verwirklichung des Nachhaltigkeitsziels Bildung der Vereinten Nationen ist gefährdet. Bildungsgewerkschaften stehen weltweit für öffentliche, inklusive Bildung und gute Arbeitsbedingungen. Dabei werden sie oft selbst zur Zielscheibe, denn die Verletzung von Gewerkschaftsrechten nimmt weltweit zu. Internationale Solidarität bleibt wichtiger denn je. Die GEW bietet daher 2021 eine Online-Veranstaltungsreihe zu den Themen Internationale Solidaritätsarbeit, Globale Bildungskampagne, Kinderarbeit und Friedenspolitik an. Die Veranstaltungen finden in deutscher Sprache bzw. mit Übersetzung statt. Den Auftakt der Reihe macht die Veranstaltung zur Internationalen Solidaritätsarbeit am 5. März. Weitere Informationen: www.gew.de/seminare-internationales

Corona-Prämie für alle

Im Tarifabschluss vom Oktober 2020 für die im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten wurde anstelle einer Lohnerhöhung für 2020 eine sogenannte Corona-Prämie vereinbart. Die kommunalen Arbeitgeber meinen nun, dass diese Einmalzahlung Beschäftigten, die bereits in der Freistellungsphase einer Altersteilzeit nach dem Tarifvertrag zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte (TV FlexAZ) (Blockmodell) sind, nicht zustehe. Die Gewerkschaften vertreten hingegen die Auffassung, dass auch Beschäftigte in Altersteilzeit in der Freistellungsphase entsprechend ihrem Entgeltanspruch die Hälfte der Corona-Prämie bekommen müssen. Kommunale Beschäftigte in der Freistellungsphase der Altersteilzeit, die im Dezember keine anteilige Corona-Prämie (also je nach Entgeltgruppe 150, 200 oder 300 Euro) zusätzlich zum Gehalt bekommen haben, sollten sich möglichst bald mit ihrer GEW-Landesrechtsschutzstelle in Verbindung setzen, da die Corona-Prämie wegen der tarifvertraglichen Ausschlussfrist bis Ende Juni 2021 geltend gemacht werden muss.

Beitragsbescheinigung

Die Beitragsbescheinigung für 2020 wird bei dem nächsten Beitragseinzug in 2021 auf dem Kontoauszug mit ausgedruckt. Alternativ geht es online über die GEW-Homepage: www.gew.de – auf der Startseite oben rechts im Bereich „Meine GEW" mit einem stilisierten Vorhängeschloss.

Wer noch keinen Zugang zum Mitgliederbereich hat, muss sich einmalig registrieren. Nach Überprüfung der Daten kann man die Beitragsquittierung dann ausdrucken. Siehe auch: www.gew.de/beitragsbescheinigung.

Hinweis: Es kann immer nur die aktuelle Beitragsbescheinigung für das vergangene Jahr heruntergeladen werden. Die EDV der GEW arbeitet jedoch an einer Lösung, künftig auch ältere Beitragsbescheinigungen anbieten zu können.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie eine Bluetooth-Box.*

Prämie des Monats Februar:

Bluetooth-Box

Der kleine, kabellose Lautsprecher wartet mit sattem Sound, kraftvollem Bass und langer Akku-Laufzeit auf. Für langes Hörvergnügen unterwegs!

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Februar 2021/Bluetooth-Box

Deutschland sucht die Bildungsmilliarden

Die Investitionen in Bildung und Forschung verharren in Deutschland seit Jahrzehnten auf einem im internationalen Vergleich niedrigen Niveau. Die Ausgaben sind in den vergangenen 25 Jahren zwar gestiegen – 2019 betrugen sie rund 150 Milliarden Euro. Das auf dem Dresdner Bildungsgipfel 2008 ausgegebene Ziel, bis 2015 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildung und Forschung auszugeben – 7 Prozent für Bildung, 3 Prozent für Forschung – ist jedoch bis heute nicht erreicht; der Anteil liegt derzeit bei knapp 9 Prozent.

Verantwortlich dafür, dass die Politik ihr selbst gestecktes Ziel nicht erreicht hat, ist die Politik selbst. Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP hat sich hierzulande unterdurchschnittlich entwickelt; er stieg zwischen 1995 und 2019 lediglich von 4 auf 4,4 Prozent. Zum Vergleich: In Norwegen betrug der Anteil der Ausgaben der öffentlichen Hand für Bildung und Forschung 2017 nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) 7,91 Prozent, in Finnland 6,38 und in Großbritannien 5,44 Prozent.

Die Schuldenbremse, die Bund und Länder dazu verpflichtet, ihre Haushalte ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen, hat die Unterfinanzierung des Bildungssystems weiter verstärkt. Allein bei den Kommunen gibt es deshalb einen Investitionsstau von 44 Milliarden Euro nur bei den Schulen.

Das Ergebnis ist für alle sichtbar: marode Gebäude. Auf dieser und den nachfolgenden Seiten hat der Fotograf Kay Herschelmann für die E&W bei einem Streifzug durch Berlin mit der Kamera entsprechende Eindrücke festgehalten. >>>

Fotos: Kay Herschelmann

>>> Vermögensabgabe jetzt!

Mit der auf dem Dresdner Bildungsgipfel 2008 beschworenen „Bildungsrepublik Deutschland“ ist es nicht weit her. Der E&W-Schwerpunkt in dieser Ausgabe beschreibt die Misere, nennt aber auch mögliche Wege zu einer besseren Finanzierung von Kita, Schule, Hochschule und Weiterbildung. Angesichts des enormen Finanzbedarfs, den die Bekämpfung der Corona-Pandemie erfordert, schlägt der Ökonom Rudolf Hickel im Interview (S. 16 f.) eine Vermögensabgabe vor, mit der oberhalb eines Freibetrages für ein Vermögen von zwei Millionen Euro bei Privatpersonen und fünf Millionen bei Betriebsvermögen eine Abgabe von 1 Prozent (bei höheren Vermögen bis zu 30 Prozent) entrichtet werden soll. Damit, so Hickel, würden in den kommenden 20 Jahren etwa 310 Milliarden Euro in die Kassen von Bund, Ländern und Kommunen gespült, um die Corona-bedingten Schulden zurückzuzahlen. Perspektivisch müsste die Abgabe in eine Vermögensteuer umgewandelt werden, wie sie im Grundgesetzartikel 106 nach wie vor vorgesehen ist.

Eine solche Abgabe hat durchaus historische Vorbilder. So führte der konservative (!) Reichsfinanzminister Matthias Erzberger (Zentrum) 1919 zur Finanzierung der Kriegsschulden das „Reichsnotopfer“ ein, das die Reichen entrichten mussten. Um die Steuereinnahmen zu steigern, wurde die Abgabe 1922 durch eine Vermögensteuer ersetzt, die später auch in der Bundesrepublik erhoben, 1997 im Zuge der neoliberalen Wende in der Steuer- und Finanzpolitik jedoch ausgesetzt – und nicht mehr wieder eingeführt – wurde.

Jürgen Amendt,
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

Fotos: Kay Herschelmann

Foto: Kay Herschelmann

MARLIS TEPE

Mischen wir uns ein!

2021 steht uns ein Superwahljahr ins Haus. Gute Bildung und deren deutlich bessere Finanzierung müssen Topthema bleiben – auch wenn die Politik schon jetzt signalisiert, dass das Geld nach der Pandemie knapp wird und die Schulden schnell zurückgezahlt werden sollen. Dem stellt sich die GEW entgegen. Tilgung kann auch über einen Fünfzigjahresplan laufen. Die Parteien fordern wir auf, unsere Vorschläge in die Wahlprogramme aufzunehmen. Als Reaktion auf die Pandemie hat die Politik zwar angefangen, an den Defiziten zu arbeiten und auf unseren Druck hin auch eine Reihe Finanzbeschlüsse gefasst – etwa für befristet Beschäftigte in der Wissenschaft, für Studierende, für Soloselbstständige in der Weiterbildung, für Endgeräte für Lehrkräfte und benachteiligte Schüler:innen, für Systemadministrator:innen. Mit der politischen Beschlussfassung und der stolzen Verkündung dieser Beschlüsse war für die Politiker:innen aber offenbar fast alles erledigt. Wir wissen jedoch, dass diese Gelder bisher nicht überall angekommen sind und es vielfach an der Umsetzung hapert. Wir konstatieren eine föderale Finanzierungsblockade. Statt eines vielfachen Schwarze-Peter-Spiels braucht es einen Schulterschluss zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Defizite und Bedeutung von Bildung sind wie unter einem Brennglas sichtbar und politisches Tagesgespräch:

- der Wert der Bildung in der direkten Begegnung in Kita, Schule, Studium und Erwachsenenbildung,
- die Vernachlässigung benachteiligter Kinder und Erwachsener,
- der allgegenwärtige Mangel an Personal,
- der viel zu knappe Personalschlüssel in allen Sektoren von Bildung,
- die mangelhafte digitale Ausstattung und Fortbildung,
- der Investitionsstau bei den Gebäuden,
- das unzureichende BAföG,
- der Bedarf an Ganztagsversorgung in Kita und Schule, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können,
- das Interesse der Wirtschaft an der ganztägigen Bildung und Betreuung im Kampf um die knappe Ressource Personal.

Neben diesen Defiziten fehlen die Ausrichtung auf gute Bildung in der Migrationsgesellschaft, die Ausstattung mit multiprofessionellen Teams für eine inklusive Bildung und mehr Zeit für politische Bildung und Demokratielernen. Dazu gehört auch eine bessere Bezahlung der Beschäftigten.

Den Kampf dafür, dass alle diese Defizite in Angriff genommen werden und Bildung gut ausgestattet wird, gewinnen wir nicht, wenn wir ihn allein führen. Dafür braucht die GEW die Eltern als Bündnispartner:innen, ebenso wie die Schüler:innen und Studierenden, aber auch andere Verbände und Organisationen, die ein Interesse an guter Bildung haben.

Politik hat die dafür notwendigen Finanzmittel bislang nicht zur Verfügung gestellt. Deshalb muss die GEW nachhelfen. Das Engagement für eine bessere Bildungsfinanzierung ist eine Aufgabe der GEW-Mitglieder auf allen Ebenen. Es reicht nicht, auf dem Gewerkschaftstag und anderen Versammlungen über jedes einzelne Wort erbittert zu diskutieren. Es kommt darauf an, unsere Beschlüsse mit Leben zu füllen und in der Realität umzusetzen. Dafür haben wir die Initiative „Bildung. Weiter denken!“* gestartet. Gemeinsam haben wir viele Ideen und Hilfen entwickelt sowie Expertisen erstellt.

Es geht um die Bildung selbst, aber auch um die Arbeitsbedingungen. Gute Bildung und gute Arbeit sind zwei Seiten einer Medaille. Für eine nachhaltige Verbesserung zu kämpfen, dafür haben wir jetzt ein gutes Zeitfenster. Nutzen wir dieses. Mischen wir uns ein, machen wir Druck!

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

***www.gew.de/weiter-denken**

Hilfreicher Corona-Schock?

// Die Mahnung kommt aus berufenem Mund. Prof. Andreas Schleicher, Chef des Direktorats für Bildung bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), sieht ein Ende der Dynamik, die Deutschland nach dem PISA-Schock im Jahre 2001 entwickelte, um der ihm attestierten Bildungskrise Herr zu werden. Ein Blick hinter die Kulissen der Bildungsinstitutionen untermauert Schleichers Befürchtung. //

An marode Schulgebäude haben sich Schülerinnen und Schüler, ihre Lehrkräfte und Eltern fast schon gewöhnt. Sie sind – von viel beachteten Ausnahmen abgesehen – ebenso Alltag wie Unterrichtsausfall, den manche Länder aus Sorge vor den schauerlichen Ergebnissen lieber erst gar nicht berechnen. An beidem trägt das seit bald einem Jahr grassierende Corona-Virus keine Schuld. Wäre ja auch zu einfach, den Bösewicht dort ausgemacht haben zu können. Im Gegenteil: Spötter danken ihm sogar. Nur so wurde der Zug Digitalisierung aufs Gleis gesetzt, auch wenn dieses eher für einen Bummel- als für einen Hochgeschwindigkeitszug geeignet scheint.

Kartenhaus Kita

Covid-19 trägt auch keine Verantwortung für den dramatischen Personalmangel in den Kindertageseinrichtungen, überfüllte Seminare an den Hochschulen oder die Rahmenbedingungen, die die berufliche Bildung erschweren. Money makes the world go round. Doch wenn es fehlt oder sich im Dschungel der Zuständigkeiten (Bund, Länder, Kommunen) verheddert, bleibt dies nicht ohne Folgen. Auch nicht für die Bildung.

Dass der Grundstein für gute Bildung und damit eine fairere Verteilung von Bildungschancen auch in den Kindertagesstätten gelegt wird, ist ein offenes Geheimnis. Doch viele Erzieherinnen und Erzieher gehen auf dem Zahnfleisch. „Bei uns darf wirklich niemand ausfallen, sonst droht unser fragiles System wie ein Kartenhaus zusammenzubrechen“, sagt Elke W.* Sie möchte nicht erkannt werden, der Träger ihrer Einrichtung könnte verstimmt sein. Sie verrät: „Ich bete jeden Morgen, dass sich niemand krankmeldet.“ Selbst wenn alle Kolleginnen und Kollegen an Bord sind, falle es, so Elke W., schwer, sich auf jedes Kind zu konzentrieren, es individuell zu fördern.

Bildungsforscher Prof. Klaus Klemm geht von etwa 50.000 fehlenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den westlichen Bundesländern aus. Im Osten gebe es dagegen fast schon einen Personalüberhang. Doch der finanzielle Anreiz, sich räumlich zu verändern, sei gering, erläutert Klemm. Aufgrund des Personalmangels gerade in Kitas in sozial schwierigen Lagen hätten insbesondere Eltern aus weniger gutbürgerlichen Kreisen Probleme, einen

Betreuungsplatz für ihr Kind zu finden. Klemm: „Und die hätten es besonders nötig. Schließlich wissen wir nicht erst seit gestern, dass die Zahl der Jahre, die Kinder in Kita und Krippe verbringen, maßgeblichen Einfluss auf die Schulleistung und damit auf Lebenschancen hat.“ Positive Effekte seien etwa im U-3-Alter möglich. „35 Prozent der Kinder in diesem Alter werden betreut. Doch die Nachfrage ist viel größer“, berichtet der emeritierte Professor für Bildungsforschung und Bildungsplanung an der Universität Duisburg-Essen.

Marta und Elias können davon ein Lied singen. Trotz des Anspruchs auf einen Kita-Platz klapperten sie nahezu alle Tagesstätten erst im nahen, dann im fernen Umfeld ab. „Es wirkte fast schon wie ein Almosen, als uns eine Kita-Leiterin erklärte, ihr Haus sei voll, aber sie wolle mal sehen, was machbar sei“, berichten die beiden. Die Hoffnung starb schnell. Schweren Herzens griffen die junge Mutter und ihr Partner auf eine Tagesmutter zurück. Diese erwies sich als herzlicher und kompetenter Glücksfall, „doch die große Gemeinschaft einer Kita und das damit verbundene soziale Lernen bleiben ein Stück weit auf der Strecke“, bedauern die beiden.

Mangel an Lehrkräften

Ebenso wie Klemm hält auch sein Kollege Prof. Ludger Wößmann den frühkindlichen Bereich für unterfinanziert. Daher fehlten unter anderem die finanziellen Anreize für junge Menschen, in den Erzieherberuf einzusteigen. „Diejenigen, die eine Familie ernähren müssen, benötigen eindeutig mehr Geld“, bilanziert der Leiter des ifo-Zentrums für Bildungsökonomik an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er empfiehlt den Gewerkschaften, von ihrer bisherigen Strategie abzuweichen und bei Tarifverhandlungen zu versuchen, für Erzieherinnen und Erzieher einmal eine gesonderte, besonders kräftig ausfallende Tariferhöhung anzustreben. Vorstellen könnte er sich auch klar gestaffelte Kita-Gebühren. „Einkommensschwache dürfen nichts bezahlen, gut Verdienende allerdings schon“, meint er. Schließlich seien gerade für Kinder aus weniger finanzstarken Familien der frühe Besuch einer Kita und die damit verbundene Förderung wichtig.

Fotos: Kay Herschelmann

Obwohl es einen Rechtsanspruch gibt, suchen Eltern nach wie vor häufig vergeblich nach einem Kita-Platz für ihre Kinder.

Kinder aus materiell benachteiligten Familien profitierten tendenziell mehr von einer öffentlichen Finanzierung des frühkindlichen Bereichs, erläutert Wößmann. Wohingegen die individuellen Bildungserträge im Erwachsenenbereich in der Regel für Menschen höher seien, die bereits eine hochwertige Bildung genossen hätten. Damit gebe es zwischen Ge- >>>

An vielen Schulen sieht die IT-Technik aus wie aus einem Computer-Museum entliehen. Statt moderner Notebooks oder Tablets müssen Schülerinnen und Schüler an alten PCs arbeiten. Neu sind nur die Stühle.

Foto: Kay Herschelmann

Die jahrelange Unterfinanzierung des Bildungssystems hat zu einem dramatischen Lehrkräftemangel geführt.

>>> rechtigkeit und Effizienz einen Einklang in frühen und einen Widerstreit in späten Phasen des Bildungslebenszyklus. Im Gegensatz zu dem von dieser Lebenszyklusperspektive nahegelegten Muster fielen die öffentlichen Bildungsinvestitionen in Deutschland im internationalen Vergleich allerdings im frühkindlichen und Grundschulbereich relativ gering und im Tertiärbereich relativ hoch aus. Wößmann: „Eine Verlagerung der öffentlichen Bildungsausgaben aus den späten in die frühen Phasen des Bildungslebenszyklus' würde die deutsche Bildungsfinanzierung sowohl gerechter als auch effizienter machen."

Personalmangel beklagen nicht nur die Kitas. Auch im Schulsystem fehlt es an Lehrkräften. In den vergangenen Jahren suchte die Politik daher ihr Heil in Quereinsteigermodellen (s. E&W 9/2018). Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung (2019), an der Klemm mitgearbeitet hat, wird das Minus in den nächsten Jahren insbesondere an den Grundschulen in Deutschland deutlich größer als erwartet sein. Demnach liegt die Zahl der Lehrkräfte, die bis 2025 fehlen, mit mindestens 26.300 erheblich höher als bisher prognostiziert. Die Kultusminister waren 2018 noch von 15.300 fehlenden Grundschullehrkräften ausgegangen. Der Bildungsforscher hält daher auch eine Debatte über eine Stellenreserve für aberwitzig. Wenn es nicht einmal genügend Lehrerinnen und Lehrer für die offenen Stellen gebe, erübrige sich eine solche Debatte.

Unbeschadet der Tatsache, dass Klemm die im Vergleich zu der in anderen Lehrämtern niedrigeren Bezahlung für „völlig unverständlich bei gleicher Ausbildungsdauer" hält, sieht er die Hauptursache für die hohe Zahl fehlender Grundschullehrerinnen und -lehrer im Numerus clausus (NC) für das Studium dieses Lehramtes: „Wenn eine Abi-Note von 1,9 oder besser erforderlich ist, um Grundschullehrerin oder -lehrer zu werden, weil die Universitäten zu wenige Plätze anbieten können, dann verbauen wir interessierten jungen Menschen diesen Weg." Er erinnert an einen Vorfall von 2014 an der Universität Münster: „Zahlreiche junge Frauen wollten, durften aber angesichts des geforderten Schnitts von 1,7 ihren Traum vom Job als Grundschullehrerin nicht verwirklichen." Will aus seiner Sicht heißen: Mehr Geld für die Hochschulen, bedeutet kein NC, bedeutet mehr Lehrkräfte. So könne man einen stärkeren Puffer aufbauen, „auch auf die Gefahr hin, dass einmal zu viele Lehrkräfte ausgebildet werden".

Schlechteres Studienangebot

Davon aber ist Deutschland noch Lichtjahre entfernt. Also wird in die Trickkiste gegriffen. Beispielsweise in Nordrhein-Westfalen. Lehramtsanwärterinnen und -anwärter können im Schuljahr 2020/21 freiwillig bis zu sechs Stunden zusätzlichen Unterricht (statt bislang drei) an ihrer Ausbildungsschule erteilen. Dass angesichts dieser Faktenlage von kleineren Klassen nur geträumt werden kann, leuchtet ein. Allerdings weist Klemm auch darauf hin: „Wissenschaftlich ist es nicht belegt, dass kleinere Klassen automatisch bessere Ergebnisse bringen." Wobei seine Betonung auf „automatisch" liegt. Eine bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen könnte zudem eine bessere individuelle Betreuung der Studierenden ermöglichen. Klemm wünscht sich entsprechend eine Obergrenze an Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern: „Mehr als 20 bis 30 dürfen es nicht sein."

Aus dem Innenleben einer Hochschule berichtet Mattis Bohne. Er gehört dem AStA-Vorstand der TU Braunschweig an. Bohne weiß: „Die Globale Minderausgabe des Landes Niedersachsen führt dazu, dass die TU Braunschweig schätzungsweise zwei Millionen Euro einsparen muss." Dadurch werde das Studienangebot eventuell komprimierter, was unter anderem den Standort seiner TU auf lange Sicht schwächen könnte. Wörtlich weist er daraufhin, dass sich „in einer Zeit, in der das Studieren durch Corona eine Transformation durchläuft, globale Minderausgaben und an Studierendenzahlen gekoppelte Studienqualitätsmittel (SQM) negativ auswirken. Es muss daher klar sein, dass man durch geringere Ausgaben auch eine geringere Studienqualität in Kauf nimmt." Sinkende SQM gefährden konkret Orientierungswochen für Studieneinsteigerinnen und -einsteiger oder erweiterte Öffnungszeiten von Zeichensälen und Werkstätten, etwa für angehende Architektinnen und Architekten.

Wer sich an der TU Braunschweig mit diesen Problemen „herumschlägt", ist zumindest einen Schritt weiter als viele, die auf berufliche Bildung setzen. Bildungsforscher Klemm bedauert, dass immer noch zu viele Menschen keinen Ausbildungsplatz finden oder aber nicht qualifiziert genug seien, um einen solchen erfolgreich abzuschließen (s. S. 38 f.). Und landet in seiner Analyse wieder bei den Finanzen. „Wir brauchen mehr Ressourcen für berufsbegleitende Unterstützung." Ebenso wie für die Abschaffung jeglicher Ausbildungsgebühren.

Geld für Bildung ist gut investiertes Geld. Das weiß nicht nur die Wissenschaft. Auch die Politik ist sich dessen bewusst. Unter anderem ihr schreibt OECD-Bildungsexperte Schleicher auf die Frage, ob Deutschland den Anschluss an führende Nationen verliere, die Warnung ins Stammbuch: „Ja, ganz klar." Doch er möchte auch ein wenig Hoffnung verbreiten: „Ich glaube, die Corona-Krise hat die Bedeutung von Bildung verdeutlicht und wieder zu einem gemeinsamen gesellschaftlichen Projekt gemacht." Man könnte auch sagen: Der PISA-Schock hat im Corona-Schock seinen Nachfolger gefunden.

Stephan Lüke,
freier Journalist

***Name von der Redaktion geändert**

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Kranken-versicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Besonders als **Lehramts-anwärter/-in** leisten Sie täglich viel im stressigen Schulalltag. Wir sichern Sie dabei von Anfang an ab mit den erst-klassigen Leistungen der privaten **DBV Krankenversicherung** zur Beihilfe. Und das zu besonders günstigen Ausbildungskonditionen.

Lassen Sie sich von Ihrem persön-lichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter **dbv.de/beihilfe**.

FOCUS MONEY
BESTE PKV-BEIHILFETARIFE
Top-Schutz
DBV · Bestnote 6 x vergeben
KVpro.de A++
Test 45/2020

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW

Eine Marke der AXA Gruppe AXA

Die öffentlich geförderte Weiterbildung ist nach wie vor unterfinanziert. Das gilt auch für die digitale Ausstattung.

Foto: mauritius images/Pitopia/kebox

Es fehlt an allem

// Weiterbildung halten Unternehmen und Politik für wichtig. Trotzdem ist der öffentlich finanzierte Bereich an Volkshochschulen (VHS), Musikschulen und bei den Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Digitalpakt Schule außen vor geblieben. Ob sich das nach der Bundestagswahl ändert, ist fraglich. //

Eigentlich sind sich alle einig. Fragt man bei den Parteien im Bundestag nach, trifft man nur auf große Fans der Weiterbildung. Enorm wichtig sei das lebenslange Lernen, heißt es immer wieder, Weiterbildung müsse gestärkt und gefördert werden, gerade im Bereich der Digitalisierung. Doch wie genau diese Stärkung und Förderung aussehen sollte, ist sehr viel weniger klar.

Nötig wäre es allemal, mehr in die Weiterbildung zu investieren. Das gilt sowohl für die betriebliche wie auch für die im öffentlichen Auftrag stattfindende Weiterbildung – an VHSn, Musikschulen und mit Blick auf die Lehrgänge sowie Sprach- und Integrationskurse der BA. „Der Bereich ist unterfinanziert“, sagt Ansgar Klinger, Vorstandsmitglied für Berufliche Bildung und Weiterbildung der GEW. „Es fehlt bei der digitalen Ausstattung, Administration und Fortbildung.“

Beim Digitalpakt Schule ist die öffentlich finanzierte Weiterbildung aber außen vor geblieben – trotz des großen Bedarfs. Die Politik habe sich der Verantwortung entledigt, anstatt Professionalisierungsvorgaben zu machen und den Bereich zu unterstützen, sagt Klinger. „Corona hat deutlich gemacht, dass das Bildungswesen nicht krisenfest ist und mehr Anstrengungen erforderlich sind.“ Der Digitalpakt müsse erweitert werden.

Digitalpakt Weiterbildung

Was aber planen die Parteien? „Wir wollen eine Kultur der Weiterbildung etablieren“, erklärt Astrid Mannes, die für die CDU/CSU-Fraktion im Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sitzt, auf Nachfrage. Konkrete Vorhaben nennt Mannes nicht, sondern verweist auf die Nationale Weiterbildungsstrategie von 2019. „Damit hat die Bundesregierung ein deutliches Zeichen gesetzt.“ Außerdem fördere der Bund bereits seit 2014 das VHS-Lernportal mit rund 14 Millionen Euro und habe mit der Änderung des Fernunterrichtsschutzgesetzes 2017 den Fernunterricht gestärkt.

Auch Ulrike Bahr, die für die SPD im Bildungsausschuss sitzt, verweist auf einzelne Verbesserungen, die die jetzige Regierung schon auf den Weg gebracht habe, etwa das neue Aufstiegs-BAföG, das Teil der Weiterbildungsstrategie ist, und das 2019 verankerte Recht auf eine Weiterbildungsberatung. „Nun muss der Rechtsanspruch auf eine Weiterbildung für alle Beschäftigten folgen“, sagt Bahr.

Eine Ausweitung des Digitalpakts Schule hält Bahr nicht für sinnvoll. „Es hilft keinem, wenn wir die Gelder breiter streuen und die Schulen sowie Weiterbildungsträger gegeneinander ausspielen.“ Besser wäre aus Bahrs Sicht ein Digitalpakt Weiterbildung. In diesen sollten alle Formen von Grundbildung, allgemeiner Weiterbildung bis hin zur Seniorenbildung mit eingeschlossen sein. Auch die Länder müssten mitziehen, so Bahr. Allerdings sieht sie dabei „ähnlich große Herausforderungen“ wie beim Digitalpakt Schule. „Das Problem ist die Vielschichtigkeit“, sagt die Bildungspolitikerin. „Volkshochschulen oder Musikschulen sind elementar für die Bildung, denn sie vermitteln weit mehr als nur berufsrelevante Fähigkeiten. Aber eben diese Berufsrelevanz ist vielfach der Gradmesser, mit dem die Kostenübernahme durch den Staat gemessen wird.“ Dafür Lösungen zu finden, müsse diskutiert werden.

Auch die FDP ist gegen eine „direkte Übertragung“ des Digitalpakts Schule. Dieser sei „ohnehin schon viel zu bürokratisch und schwerfällig“, sagt der

bildungspolitische Sprecher der Partei, Jens Brandenburg, auf Anfrage. Nach den Vorstellungen der FDP sollen volljährige Bürgerinnen und Bürger mit einem „persönlichen Freiraumkonto selbstbestimmt Bildungsguthaben ansammeln“ können. Geringverdiener sollen mit einem „staatlichen Midlife-BAföG“ unterstützt werden. „Vom Abendkurs über das E-Learning-Modul in der Straßenbahn bis zum mehrmonatigen Vollzeitstudiengang soll alles möglich sein“, sagt Brandenburg.

Förderung eine Daueraufgabe

Bildung sollte nicht gegen Bildung ausgespielt werden, sagen auch die Grünen. „Es war hart genug, den Digitalpakt Schule verfassungskonform zu verhandeln“, so die grüne Bildungspolitikerin Beate Walter-Rosenheimer. „Bei der öffentlich geförderten Weiterbildung haben wir andere Voraussetzungen, da kann der Bund anders agieren.“ Ohnehin seien die Gelder des Digitalpakts Schule nicht annähernd ausreichend für eine adäquate digitale Ausstattung der Schulen sowie der Schülerinnen und Schüler, „von guter Internetanbindung, Wartung und Service bei den Geräten ganz zu schweigen“. Die Grünen wollen ein Recht auf Weiterbildung einführen und die Bildungsmaßnahmen durch öffentliche Gelder finanzieren. Kursanbietende sollen bei der Digitalisierung ihrer Angebote unterstützt werden.

„Wir brauchen einen Digitalpakt Bildung“, sagt die Bildungspolitikerin der Linken, Birke Bull-Bischoff. „Die notwendigen digitalen Lehr- und Lernmittel müssen allen jungen Leuten und Erwachsenen für Aus- und Weiterbildung sowie den Trägern und den dort arbeitenden Beschäftigten zur Verfügung gestellt werden.“ Für Menschen mit wenig Geld solle eine „digitale Grundsicherung“ verbrieftes Recht werden. „Diese Förderung ist eine Daueraufgabe und deshalb nicht mit temporären Förderprogrammen lösbar.“

Allerdings dämpft CDU-Politikerin Mannes bereits die Erwartungen. „Durch die Corona-Krise sind große außerplanmäßige Hilfsprogramme aufgesetzt worden, die zu einer gewaltigen Neuverschuldung führen“, sagt sie. Der Bund werde nicht mehr die finanziellen Spielräume haben wie vor der Pandemie. „Ich halte es für fraglich, ob der Bund weiterhin Länder und Kommunen im bisherigen Umfang im Bereich ihrer eigenen Zuständigkeit entlasten kann.“ Für die öffentlich finanzierte Weiterbildung sind das nicht die besten Aussichten.

Verena Kern,
stellvertretende Chefredakteurin des
Online-Magazins klimareporter°

„Die Schuldenbremse ist eine Todsünde“

// Der Staat sollte seine Corona-Schulden nicht durch Einsparungen tilgen, sondern besser durch eine Sonderabgabe auf höhere Vermögen. Das fordert der Bremer Wirtschaftsprofessor Rudolf Hickel. //

E&W: Zum Jahreswechsel ist für die meisten Steuerzahlenden der Solidaritätszuschlag weggefallen. Freuen Sie sich darüber, oder würden Sie den „Soli“ am liebsten gleich wieder einführen – diesmal nicht für den „Aufbau Ost“, sondern vielleicht für den „Aufbau Bildung“?

Rudolf Hickel: Ich finde es völlig richtig, dass der „Soli“ zum großen Teil abgeschafft wurde, denn er war ja nur zur Finanzierung der Ost-West-Angleichung gedacht. Die dahintersteckende Idee, nämlich die Reichen bei Sonderaufgaben wie jetzt in der Corona-Krise stärker heranzuziehen, sollte aber wieder aufgegriffen werden – und zwar in Form einer Vermögensabgabe.

E&W: Wie sollte die aussehen?

Hickel: Die Spitzenverdiener sollten für die durch Corona entstandenen Staatsschulden zur Kasse gebeten werden. Ich wäre für einen großzügigen Freibetrag von bis zu zwei Millionen Euro bei Privatpersonen und fünf Millionen bei Betriebsvermögen. Oberhalb dieser Grenzen müsste 1 Prozent des Vermögens als Abgabe bezahlt werden. Dieser Satz könnte bei höheren Vermögen auch bis auf 30 Prozent steigen. Bei einer Laufzeit von 20 Jahren brächte das etwa 310 Milliarden Euro. Bund, Länder und Kommunen könnten ihre Corona-bedingten Schulden in einen Fonds einbringen, der durch die Vermögensabgabe abfinanziert würde. So könnten die öffentlichen Haushalte von der Tilgung entlastet werden, der Spielraum auch für Bildungsinvestitionen würde größer und die Unterfinanzierung des Bildungssystems ließe sich abbauen. Später sollte man die zeitlich befristete Abgabe in eine Vermögenssteuer umbauen.

E&W: Erst später? Warum nicht beides gleichzeitig?

Hickel: Beides auf einmal ist politisch nicht machbar. Es gibt ein historisches Vorbild für eine solche Abgabe: Um die Folgekosten des Zweiten Weltkriegs zu finanzieren, wurde 1952 ein Lastenausgleich eingeführt.

E&W: Was könnte der Staat sonst noch tun, damit er mehr Geld in die Bildung stecken kann?

Hickel: Bei der Einkommensteuer sollte der Spitzensteuersatz erhöht werden. Die derzeit geltenden 42 Prozent (beziehungsweise 45 Prozent bei besonders Reichen) sind zu niedrig. Man sollte den Satz nach und nach auf 53 Prozent erhöhen, wie zu CDU-Kanzler Helmut Kohls Zeiten. Außerdem sollten Kapitalerträge wieder voll als Einkommen versteuert werden und nicht nur wie derzeit mit 25 Prozent Abgeltungssteuer. Und als Schmankerl obendrauf könnte die lang diskutierte Finanztransaktionssteuer auf Börsengeschäfte eingeführt werden.

E&W: Wäre auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sinnvoll?

Hickel: Nein, denn sie belastet überproportional Menschen mit geringerem Einkommen. Aber dass der reduzierte Satz von 7 Prozent zum Beispiel für Blumensträuße oder bestimmte Luxusgüter wie Trüffel gilt, während etwa Windeln oder Schulhefte mit den vollen 19 Prozent besteuert werden – das müsste dringend überarbeitet werden.

E&W: Hat sich die Schuldenbremse bewährt? Sie verbietet dem Staat zwar grundsätzlich eine größere Neuverschuldung, enthält aber immerhin eine Ausnahmeregelung für Notlagen, also auch für die aktuelle Corona-Krise.

Hickel: Die Schuldenbremse ist eine Katastrophe und eine Todsünde, denn sie verhindert, dass gesellschaftlich wichtige, nachhaltige Investitionen auch über Kredite finanziert werden. Sie hat den Staat gezwungen, in wichtigen Infrastrukturbereichen zu kürzen. Das sieht man ja an den Schulen, wo teilweise nicht mal mehr Reparaturen finanziert werden, geschweige denn neue Gebäude. Bei den Kommunen gibt es – durch den Druck der Null-Verschuldung bei den Ländern – einen Investitionsstau in Höhe von 44 Milliarden Euro allein bei den Schulen. Der lässt sich nur durch neue Kredite abbauen. Die Schuldenbremse ist zu einer Investitions-, ja: Zukunftsbremse geworden. Kein Unternehmen käme auf die Idee, auf Kredite für seine später rentierlichen Investitionen zu verzichten.

Foto: Eckhard Stengel

Professor Rudolf Hickel, 79, ist Finanzwissenschaftler und Mitbegründer der kapitalismuskritischen „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ („Memorandum-Gruppe“). Bis 2009 leitete er das „Institut Arbeit und Wirtschaft“ an der Universität Bremen.

E&W: Wirkt die Schuldenbremse also ungefähr so, als würden Eltern ihren Kindern ein zwar abbezahltes, aber verfallenes Haus vererben – obwohl die Kinder wahrscheinlich lieber ein intaktes Haus bekämen, auch wenn sie dafür Darlehen abbezahlen müssten?

Hickel: Absolut richtig! Dass Staatsschulden künftige Generationen zu sehr belasten würden, ist ein dummes Argument. Wir belasten künftige Generationen eher durch mangelnde Zukunftsinvestitionen. Wenn wir heute investieren, dann profitieren davon auch die späteren Generationen. Deshalb können sie sich

auch an der Refinanzierung beteiligen. Wenn wir Zukunftsinvestitionen allein aus laufenden Steuereinnahmen zahlen, dann finanziert die aktuelle Generation Investitionen, die erst für künftige Generationen wirksam werden. Das ist erst recht nicht generationengerecht.

E&W: Finden Sie es deshalb richtig, dass der Staat zur Bewältigung der Corona-Folgen neue Schulden aufgenommen hat?

Hickel: Was die unmittelbaren Corona-Kosten betrifft, hat die Politik überraschend problembewusst reagiert, indem sie alles Notwendige über Kredite finanziert hat. Auch das unsinnige Kooperationsverbot für Bund und Länder bei den Bildungsausgaben wurde inzwischen enttabuisiert, wie man am Digitalpakt für die Schulen sehen kann. Es wäre eine absolute Katastrophe, wenn die Corona-Schulden später durch Einsparungen getilgt werden müssten, denn die träfen auch das Bildungssystem.

E&W: Gibt es neben Steuererhöhungen und neuen Krediten auch die Möglichkeit, Ausgaben zu kürzen?

Hickel: Ja, das ist ein Dreigestirn. Natürlich brauchen wir auch eine Ausgaben- und Aufgabenkontrolle. Dazu gehört zum Beispiel, alle ökologisch belastenden Subventionen abzubauen, aber auch bei der Rüstung zu kürzen oder verschwenderischen Ausgaben für Unternehmensansiedlungen. Aber zweitens brauchen wir eben auch eine Erhöhung der Einnahmen, indem die Vermögenden mehr herangezogen werden und Steuerhinterziehung besser bekämpft wird. Und drittens die höhere Staatsverschuldung. Die Schuldenbremse muss weg!

E&W: Das Bildungssystem braucht längerfristige Strukturverbesserungen, zum Beispiel mehr Personal oder einen weiteren Ausbau des Ganztagsangebots. Wie sollte das finanziert werden?

Hickel: Eine Voraussetzung dafür wäre die Entlastung von den Corona-Schulden durch die Vermögensabgabe. Bei der Haushaltsaufstellung müssten dann klare Prioritäten für die Bildung gesetzt werden. In einem mittelfristigen Investitionsprogramm könnte für einen Zeitraum von mindestens vier Jahren festgelegt werden, dass der 44-Milliarden-Rückstau abgebaut wird und zusätzlich 20 Milliarden für Strukturverbesserungen fließen. Ein Sonderfonds nur für Bildung ist nicht zu empfehlen. Die Bildungsausgaben müssen dauerhaft im normalen Haushalt untergebracht werden.

E&W: Aber besteht dann nicht die Gefahr, dass die knappen Haushaltsgelder zum Beispiel eher in den Straßenbau fließen?

Hickel: Das ist der Kampf um die Prioritäten. Denkbar wäre ein bundesweiter Bildungsfinanzierungsplan. Darin könnte fixiert werden, wie hoch der Bedarf ist und wie sich die Finanzierung über mehrere Jahre auf Bund, Länder und Kommunen verteilen sollte. In einer Finanzierungsvereinbarung könnte festgelegt werden, dass diese Beträge dann tatsächlich bei den Haushaltsberatungen berücksichtigt werden.

E&W: Bund und Länder haben 500 Millionen Euro für mobile Endgeräte in den Schulen bereitgestellt. Sollten die knappen Steuergelder besser in Luftfilter und Lüftungsanlagen statt in Tablets investiert werden?

Hickel: Das eine schließt das andere nicht aus. Aber Technik allein reicht als Lösung nicht. Die Lehre aus Corona ist ja unglaublich brutal. Plötzlich merken wir, wie wichtig Hygiene ist und wie dringend Toiletten repariert werden müssen. Und plötzlich fällt auf, dass sich viele Fenster nicht richtig öffnen lassen. Das ist unglaublich. Um jetzt zu handeln, bedarf es wohl des Schocks dieser Krise.

Interview: Eckhard Stengel,
freier Journalist

Durch eine Steuer auf hohe Vermögen ließen sich unter anderem dringend notwendige Investitionen in das Bildungswesen finanzieren.

Foto: imago images/Steinach

Das Ungleichgewicht nimmt zu

// Eltern, die ihre Kinder auf private Schulen schicken, tun das nicht nur der alternativen pädagogischen Konzepte wegen. Grund ist auch die schlechte finanzielle Lage der öffentlichen Einrichtungen. //

Das Angebot klingt vielversprechend: Förderung individueller Stärken, musikalische Erziehung, viel Sport, Motivation für grenzenloses Denken und mehr verspricht Rahn Education auf seiner Webseite. Der Anbieter von Bildungsdienstleistungen betreibt an neun Standorten in Ostdeutschland unter anderem Kitas, Grundschulen, Sekundarschulen, Gymnasien sowie Berufsbildungszentren. Er steht stellvertretend für eine Entwicklung, die sich seit rund 30 Jahren vollzieht. Vergangenes Schuljahr zählte das Statistische Bundesamt (Destatis) unter den 40.866 allgemeinbildenden und beruflichen Schulen 14 Prozent private Einrichtungen, ein Anstieg um 81 Prozent seit 1992. Die Bildungsstätten hinter diesen Zahlen befinden sich zu einem guten Teil in Ostdeutschland. Zu DDR-Zeiten gab es bis auf wenige Ausnahmen keine privaten Lehranstalten. Heute sind die ostdeutschen Länder Spitzenreiter.

In Mecklenburg-Vorpommern ist knapp jede fünfte allgemeinbildende Schule in privater Hand, in Sachsen knapp die Hälfte der Berufszentren.

Die sogenannten Ersatzschulen werden getragen von konfessionellen, gemeinnützigen oder gewerblichen Organisationen und vergeben Abschlüsse, die der Staat anerkennt. Dafür beteiligt sich dieser an den Kosten – je nach Bundesland mit 45 bis knapp 100 Prozent dessen, was eine Schülerin oder ein Schüler im öffentlichen Schulsystem kostet. Die Finanzierungslücke, die dem Verband Deutscher Privatschulverbände (VDP) zufolge im Jahr 2016 durchschnittlich 2.300 Euro pro Kind betrug, stopfen die Privaten mit eigenen Mitteln und Spenden. Hinzu kommt in der Regel ein Schulgeld, das laut Destatis im gleichen Jahr bei durchschnittlich 2.000 Euro lag. Zwar müssen sich die Schulen an das Sonderungsverbot halten, also die Beiträge so bemessen, dass alle sich diese leisten können. Konkrete Vorgaben gibt es jedoch keine (s. E&W 1/2021, Seite 18 ff.). Deshalb unterscheiden sich die Schulgelder mitunter deutlich.

Soziale Segregation

Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hält Privatschulen bis auf wenige Ausnahmen für „auskömmlich finanziert“. Bei den öffentlichen Einrichtungen mangelt es derweil an Investitionen in Höhe von 43 Milliarden Euro, wie das Deutsche Institut für Urbanistik ermittelt hat. Die öffentlichen Ausgaben für Bildung liegen seit Jahren bei etwas mehr als 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das ist weniger als die Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Durchschnitt für den Bildungsbereich aufwenden.

Prof. Tim Engartner, Direktor der Frankfurter Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung, sieht in der „Sparpolitik der öffentlichen Hand“ den Hauptgrund für den stetigen Zulauf bei Privatschulen. 1992 lag der Anteil der Privatschülerinnen und -schüler bei knapp 5 Prozent. Heute besucht jeder elfte der rund elf Millionen Schülerinnen und Schüler eine allgemeinbildende Schule in freier Trägerschaft, die oft dort entstanden sind, wo öffentliche Einrichtungen wegen der schrumpfenden Zahl an Schülerinnen und Schülern geschlossen wurden.

Für Bildungsforscher Prof. Heiner Barz von der Uni Düsseldorf hat die Attraktivität von Waldorf-, Montessori- oder kirchlichen Einrichtungen auch mit „einer Frustration der Eltern über das staatliche Schulsystem“ zu tun. „Eltern, die ihre Kinder auf eine Privatschule schicken, suchen in erster Linie eine pädagogische Alternative zum klassischen Schulbetrieb“, sagt Barz. Ihre Hoffnung: Moderne Bildungskonzepte, kleinere Klassen und eine stärkere Betreuung sorgen für bessere Leistungen der Sprösslinge. Untersuchungen zeigen jedoch, dass sich nicht nur die Klassengrößen kaum unterscheiden, auch die Lernerfolge sind bei

Kindern und Jugendlichen in öffentlichen und privaten Schulen relativ homogen, wenn man den familiären Hintergrund herausrechnet.
Dass dennoch viele Eltern mit ihren Kindern ins private System flüchten, verschärft laut der GEW die soziale Spaltung im Land. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat das auf Grundlage von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) untermauert. Die jährlich durchgeführte repräsentative Befragung erfasst unter anderem den Schulträger für alle im befragten Haushalt lebenden Kinder, die jünger als 17 Jahre sind. Demnach kommen Privatschülerinnen und -schüler häufiger aus bildungsnäheren und wohlhabenderen Elternhäusern als Kinder an öffentlichen Schulen und haben seltener einen Migrationshintergrund. Fazit der Forscher: „Die soziale Segregation zwischen den privaten und öffentlichen Schulen wird immer größer."
Beim VDP sieht man das anders: „Die pädagogischen Konzepte von Privatschulen richten sich an alle Schülerinnen und Schüler – egal welcher sozialen Herkunft", heißt es dort. Um das zu belegen, hat der Verband über das DIW ebenfalls Zahlen des SOEP analysieren lassen und kommt zu dem Ergebnis, dass sich Haushalte mit Kindern auf Privatschulen „im arithmetischen Mittel beim monatlichen Nettoeinkommen kaum von Haushalten mit Kindern an öffentlichen Schulen" unterscheiden.
„Es gibt diese soziale Selektion", sagt dagegen Barz. „Doch das kann man nicht nur den Privatschulen anlasten." Auch das öffentliche Schulsystem sei massiv selektiv. „In Stadtteilen mit einer reichen Bevölkerung geht der Großteil der Kinder nach der Grundschule aufs Gymnasium. In Stadtteilen mit vielen Arbeitslosen oder Migranten ist diese Quote deutlich geringer." Barz verweist auf Privatschulen wie die Interkulturelle Waldorfschule in Mannheim oder die Quinoa-Schule in Berlin, die bewusst versuchen, Kindern in sozialen Brennpunkten bessere Aufstiegschancen zu geben.

Kommerzielle Nachhilfe

Bessere Chancen für ihre Kinder versprechen sich Eltern nicht nur durch Privatschulen. Immer öfter nehmen Schüler auch Nachhilfe. Für Engartner ein weiteres Zeichen der Versäumnisse des öffentlichen Systems: „Wenn wir uns als ‚Bildungsrepublik' begreifen, dann muss Nachhilfe in den Schulen passieren und nicht in die Hände von Schülern, Eltern oder privaten Anbietern gelegt werden." Die Realität ist eine andere: Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung werden in Deutschland jährlich 879 Millionen Euro in private Nachhilfe investiert.
Die außerschulische Förderung soll nicht nur verhindern, dass der Nachwuchs in der Schule scheitert; häufig wird zusätzlich gebüffelt, um die Chance zu verbessern, auf weiterführende Schulen oder an eine gute Uni zu kommen. Fast jeder fünfte Gymnasiast nimmt laut Bertelsmann Nachhilfe. Auch Schülerinnen und Schüler aus Haushalten mit unterdurchschnittlichem Einkommen legen inzwischen verstärkt Extraschichten ein, doch ihr Anteil ist deutlich geringer als in anderen Familien. Bildungsexperten halten das für problematisch. Studien legen nahe, dass Schülerinnen und Schüler durch Nachhilfe ihre Leistungen verbessern können. „Ohnehin vorhandene sozioökonomische Bildungsungleichheiten können sich verstärken, wenn insbesondere sozioökonomisch besser gestellte Kinder diese Angebote nutzen", warnt das DIW. Anders gesagt: Wenn Kinder die Versetzung schaffen, deren Eltern sich private Nachhilfe leisten können, und diejenigen sitzen bleiben, bei denen das Geld fehlt, ist das eine Ungleichbehandlung. Engartner zufolge gibt es für die Versäumnisse der öffentlichen Schulen eine Lösung: „Im Bereich der öffentlichen Bildung ist es nachweislich so, dass mehr Geld zu besseren Ergebnissen führt." Das schließe jedoch nicht aus, dass man sich auch Gedanken über die Konzeption des öffentlichen Schulsystems machen müsse. Ein Blick auf die Privaten, deren pädagogische Konzepte in der Vergangenheit das Bildungssystem bereichert haben, könne da nicht schaden.

Michael Stahl,
freier Journalist

Die unzureichende Finanzierung des öffentlichen Bildungswesens hat den privaten Einrichtungen einen stetigen Zulauf beschert. Die Schülerschaft dort stammt überproportional aus akademisch gebildeten und wohlhabenderen Familien.

Foto: picture alliance/SZ Photo/Wolfgang Filser

Keine Geschichte von Helden und Schurken

// Die Historiker Jörn-Michael Goll und Detlev Brunner vom Historischen Seminar der Universität Leipzig haben sich im Rahmen ihres Forschungsprojekts „Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und das NS-Erbe“ mit der Frage beschäftigt, wie der Umgang der GEW mit den Hinterlassenschaften aus der Zeit des Nationalsozialismus einzuschätzen ist. In der September-Ausgabe 2019 der E&W (S. 34 ff.) hatten sie bereits erste Zwischenergebnisse veröffentlicht. Mittlerweile ist die Studie abgeschlossen und in der Reihe „Beiträge zur Geschichte der GEW“ beim Verlag Beltz Juventa erschienen. Hier stellt Autor Goll einige der zentralen Erkenntnisse der Untersuchung vor. //

All jene, die sich von der nun vorliegenden Publikation in erster Linie ein finales Urteil erhofft haben, wie der Umgang der GEW mit den Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus schlussendlich zu bewerten ist, dürften wohl enttäuscht werden. Das erste, was die Studie eindringlich vermittelt, ist die Erkenntnis, dass die Vergangenheit und mit ihr auch das NS-Erbe der GEW komplexer, vielschichtiger und widersprüchlicher ist, als eine oberflächliche, „offensichtliche“ Betrachtung dies nahelegt. Die Gründergeneration der GEW hatte den Anspruch, die Gewerkschaft zur größten Interessenorganisation für Lehrkräfte in Deutschland zu entwickeln. Sie berief sich von Beginn an auf zahlreiche, ihrem Wesen nach sehr unterschiedliche Vorgängerorganisationen, vor allem aber auf den bereits im Kaiserreich gegründeten Deutschen Lehrerverein (DLV), der sich rasch zur bedeutendsten Instanz der organisierten Lehrerschaft entwickelte. Weniger beachtet, aber ebenso Teil dieser historischen Tradition, war die teils erzwungene, teils jedoch auch freiwillige Überführung des DLV und vieler weiterer Lehrervereine in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB), in dem im

Die Masse der Lehrkräfte war in der NS-Zeit zwar keinesfalls durchweg fanatisiert, akzeptierte jedoch die oft verbrecherischen Maßnahmen des Regimes und setzte die an sie gerichteten Forderungen in aller Regel auch um.

Foto: picture alliance/IMAGNO/Austrian Archives

„Dritten Reich“ schließlich 97 Prozent aller Lehrerinnen und Lehrer organisiert waren.

Aus dem Umstand, dass die Lehrerschaft fast geschlossen dem NS-Lehrerbund angehörte, dass viele Lehrerinnen und Lehrer zudem in weitere NS-Organisationen und in die NSDAP eintraten, ließe sich schnell der Schluss ziehen, dass Lehrkräfte eine besondere Affinität zum NS-Regime und zur nationalsozialistischen Weltanschauung entwickelt hätten. Dass diese Folgerung bei näherer Betrachtung nicht zu halten ist, verdeutlicht die Untersuchung an vielen Stellen. Zweifellos gab es unter den Pädagoginnen und Pädagogen zahlreiche überzeugte Nationalsozialisten. Ebenso deutlich muss aber auch festgestellt werden, dass sich die Masse der Lehrkräfte – durchaus im kritisch gemeinten Sinne – „angepasst“ verhielt. Diese waren keinesfalls durchweg fanatisiert, akzeptierten jedoch die oft verbrecherischen Maßnahmen des Regimes und setzten die an sie gerichteten Forderungen in aller Regel auch um.

Entnazifizierung

Widerständisches Verhalten sucht man unter Lehrerinnen und Lehrern, wie unter weiten Teilen der damaligen Bevölkerung, meist vergebens. Warum sich die Lehrerschaft in die NS-Diktatur fügte und welche praktischen Konsequenzen sich daraus ergaben, diese Fragen werden in der Studie ausführlich untersucht. Nicht immer konnten am Ende eindeutige Antworten gefunden werden. Doch gerade in Bezug auf den gegenwärtig stattfindenden und keinesfalls abgeschlossenen Vergangenheitsdiskurs innerhalb der GEW erscheint es ratsam, sich mehr mit den richtigen Fragen als mit den falschen Antworten auseinanderzusetzen.

Blickt man auf das Kriegsende, die Zeit also, in der der Grundstein für die heute bestehende GEW gelegt wurde, so zeigt sich, dass gerade die kurze Nachkriegszeit mit ihren politischen, sozialen und persönlichen Widersprüchlichkeiten, Kontinuitäten aber auch Brüchen den gesellschaftlichen Umgang mit den Erblasten des Nationalsozialismus über mehrere Jahrzehnte hinweg mitbestimmte. Schuld und Scham wurden häufig von einem stark ausgeprägten Pragmatismus überlagert. Die sprichwörtliche Beseitigung der Trümmer und Schäden, die der Krieg hinterlassen hatte, sowie der Umgang mit den von den Besatzungsmächten initiierten Entnazifizierungsmaßnahmen bestimmten die gesellschaftliche Agenda wie auch die der GEW in entscheidendem Maße mit. Wie fast alle Deutschen, die von der Entnazifizierung betroffen waren, fühlten sich auch die Lehrkräfte in erster Linie als Leitragende und „Opfer“ dieser Bestimmungen.

Die Untersuchung macht deutlich, dass die säuberungspolitischen Methoden der Alliierten, die unter den Bedingungen des heraufziehenden Kalten Krieges schon bald in deutsche Hände gelegt und schließlich schlichtweg beendet wurden, aufgrund ihrer praktischen Umsetzung nicht immer ohne Grund in der Kritik standen. Genauso deutlich wird aber auch, dass sich die damalige Gewerkschaft nahezu vorbehaltlos hinter ihre Mitglieder stellte und weit über die Maßen hinaus daran mitgewirkt hat, selbst schwer belastete Lehrkräfte zu rehabilitieren. Das Schulwesen wiederaufzubauen und dabei die Entnazifizierung zu einem raschen Ende zu führen, war für das Handeln der jungen GEW von zentraler Bedeutung. Andere Facetten der unmittelbar zurückliegenden, oft schuldbehafteten Vergangenheit wurden dagegen weder angesprochen noch selbstkritisch aufgegriffen.

Wie ist dieses aus heutiger Sicht zweifelhaft erscheinende Verhalten zu erklären? Selbst tadellos erscheinende Gründerpersönlichkeiten der GEW wie Heinrich Rodenstein und Anna Mosolf hatten offenbar kein Interesse an einer nachhaltigen Diskussion >>>

Unterrichten im Ausland

Hat es Sie nicht immer schon gereizt, neue Herausforderungen anzunehmen? Wollten Sie nicht schon lange ferne Horizonte entdecken und fremde Kulturen kennenlernen?

Bewerben Sie sich jetzt als

Lehrerin oder Lehrer

für die Deutschen Auslandsschulen oder ausgewählte staatliche ausländische Schulen.

www.auslandsschulwesen.de

Tel.: 022899 358-3666 oder E-Mail: ZfA.Bewerbung@bva.bund.de

ZfA Deutsche Auslandsschularbeit International

ielev ÖZEL LİSESİ / GYMNASIUM

Das IELEV Gymnasium in Istanbul sucht Lehrkräfte (Sek I oder Sek II) für Biologie oder Chemie (+ Beifach)

- Eine junge, aufstrebende Deutsche Auslandsschule an einem spannenden Standort
- Hervorragende technische Ausstattung
- Interne und regionale Fortbildung
- Ein engagiertes, internationales Kollegium
- GIB Diploma Programm (Gemischtsprachiges Internationales Baccalaureat)

Anfragen und Kontakt: gymnasium@ielev.k12.tr

>>> um Schuld und Verantwortung innerhalb ihrer Organisation. Ganz offenbar war ihnen bewusst, dass der Wiederaufbau einer großen, einflussreichen Lehrerorganisation nur mit den Mitgliedern, auch den belasteten, gelingen konnte – nicht gegen sie. Den Preis des Verdrängens, Beschweigens und Vergessens waren selbst sie bereit zu zahlen.

Wiedergutmachung

Nachdem die Entnazifizierungsfrage bereits Mitte der 1950er-Jahre weitgehend „gelöst“ war, rückte die Wiedergutmachungsfrage stärker in den Vordergrund. Die GEW übertrug die allgemeine, gesellschaftliche Frage, die insbesondere für die Entwicklung der internationalen Beziehungen der Bundesrepublik von zentraler Bedeutung war, zunächst auf ihre eigenen Mitglieder. Erst jetzt, lange nachdem die „Entnazifizierungsopfer“ unter den Lehrkräften wieder in Lohn und Brot standen oder ihre Pensionsansprüche gesichert hatten, kümmerte sich die Gewerkschaft verstärkt auch um die verhältnismäßig kleine Gruppe der vom NS-Regime verfolgten Lehrerinnen und Lehrer. Gerne stellte sie in dieser Zeit auch die wenigen Beispiele widerständischer Lehrkräfte heraus, deren Verhalten nun in Form zahlreicher Beiträge und Veröffentlichungen ans Licht der Öffentlichkeit gelangte. Trotz aller Eigennützigkeit sorgten derartige „Imagekampagnen“ aber auch dafür, dass ab Ende der 1950er-Jahre zumindest ein zaghafter Bewusstseinswandel im Umgang mit der NS-Vergangenheit einsetzte.

Ganz offensichtlich bestehende Defizite bei der Aufarbeitung der NS-Zeit, auch und gerade im Hinblick auf die erste Nachkriegsgeneration, die nun die Schulen besuchte und zum Teil schon wieder verließ, wurden von der GEW-Führung allerdings oft mit Verweisen auf andere Institutionen, etwa Kirchen und Elternhäuser, beantwortet. Auf gesellschaftliche Forderungen, an den Schulen verstärkt über die NS-Zeit aufzuklären, reagierte sie mit der Betonung begrenzter Einflussmöglichkeiten der einzelnen Lehrkräfte und kritisierte stattdessen die schulpolitischen Entscheidungen, die bis dahin getroffen worden waren. Selbstkritik gab es innerhalb der Gewerkschaft nach wie vor kaum.

Die Gründergeneration der GEW war überzeugt: Auch ohne eine stattfindende Diskussion um die NS-Vergangenheit handelte es sich bei der Gewerkschaft um eine zweifellos demokratische Organisation. Und in der Tat gehörte von Beginn an ein – zumindest formales – Bekenntnis zu den Menschenrechten und zu freiheitlich-demokratischen Werten zu den Forderungen der GEW an ihre Mitglieder. Wer sich nach 1945 weiterhin offen zur nationalsozialistischen Weltanschauung bekannte, dies verdeutlicht etwa der in der Untersuchung aufgegriffene Fall des Offenburger Studienrats Ludwig Zind, hatte in den eigenen Reihen keinen Platz. Den entscheidenden Anteil daran, dass die GEW gegenüber den Alliierten wie auch auf internationaler Ebene einen „demokratischen Ruf“ genoss, hatte jedoch nicht die breite Masse der Lehrerinnen und Lehrer, sondern hatten die Führungspersönlichkeiten der Gewerkschaft. Ihre Repräsentanz und ihr persönlicher Einfluss war für die Entwicklung der GEW zweifellos förderlich, erschwerte aber letztlich auch eine kritische Selbstreflexion unter den Mitgliedern.

Insbesondere von Heinrich Rodenstein, seinem Ruf und seinem Wirken profitierte die GEW wie von kaum einem anderen. Er, der langjährige GEW-Vorsitzende, der überzeugte Sozialist und Emigrant, hatte einen entscheidenden Anteil an der Aussöhnung und der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen auf internationaler Ebene, insbesondere mit der israelischen Lehrergewerkschaft. Fragen der NS-Vergangenheit wurden in seiner Amtszeit allerdings kaum offen angesprochen. Nichtsdestotrotz ist es der GEW unter seiner Leitung innerhalb erstaunlich kurzer Zeit gelungen, einen folgenreichen Spagat zu meistern, der mit einer unzweifelhaften demokratischen Haltung nach außen bei gleichzeitigem Beschwichtigen und in einigen Fällen auch Beschweigen und Verdrängen nach innen verbunden war. Eine breite, öffentlich geführte Debatte um das NS-Erbe der Mitglieder blieb aus und wurde auch von Heinrich Rodenstein nicht nachdrücklich eingefordert.

Die Vorstellungen und Prägungen der Gründergeneration wirkten lange nach. Auch in den 1960er- und 1970er-Jahren muss bei der GEW eher von evolutionären Anpassungsprozessen als von wirklichen Veränderungen gesprochen werden. Erste Ansätze einer selbstkritischeren Auseinandersetzung mit dem NS-Erbe sind erst zu erkennen, als die ehemaligen „Achtundsechziger“ aus den Hochschul- und Junglehrergruppen der GEW Ende der 1970er- bzw. Anfang der 1980er-Jahre nach und nach in die Führungsebenen vordringen konnten.

Kein Schlussstrich

Genauso wenig wie die nun vorliegende Studie aufgrund ihres begrenzten Untersuchungszeitraums die Auseinandersetzungen der GEW mit der nationalsozialistischen Vergangenheit vollumfänglich darlegen kann, soll sie als Abschluss eines Prozesses verstanden werden, in dem sich die GEW mit ihrer wechselvollen, vielschichtigen und ereignisreichen Geschichte beschäftigt. Dass dabei jedoch Schwarz-Weiß-Denken fehl am Platz ist und pauschalisierende Urteile nicht richtiger werden, indem sie unablässig und immer gleich vorgetragen werden, müsste jedem einleuchten, der das jüngst erschienene Buch liest. Die Publikation sollte als Auftakt einer wissenschaftlich fundierten, sachlich geführten Diskussion um den Umgang der GEW mit ihrem NS-Erbe verstanden werden, die niemals abgeschlossen sein darf und stets fortgesetzt werden muss.

Jörn-Michael Goll,
Historiker vom Historischen Seminar
der Universität Leipzig

Jörn-Michael Goll: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und das NS-Erbe. Mit einem Vorwort von Marlis Tepe. Beltz Juventa, Weinheim und Basel, 2021

Dialog

1/2021

Cartoon: Karl-Heinz Brecheis

INHALT:

Titel
Die Einsamkeit durchbrechen Seiten 1–3

GEW-Kommentar
Selbst aktiv werden Seite 2

Service
Alltag mit der Pandemie Seite 4

Im Kurzcheck
Was bewegt … Seite 4

Die Einsamkeit durchbrechen

// Die Corona-Pandemie trifft ältere Menschen besonders hart. Ob zu Hause oder im Pflegeheim: Viele leiden sehr darunter, dass soziale Kontakte wegbrechen. Aber das Recht auf Teilhabe muss auch unter Corona-Bedingungen gelten. //

Eigentlich wollte sie zu ihrem 90. Geburtstag auch die jungen Leute aus den WGs im Haus in Berlin-Reinickendorf einladen, die immer so nett im Treppenhaus grüßen. „Aber wegen Corona ging das alles nicht“, sagt Lore Kujawa. Statt Besuchen erhielt sie etwa 60 Postkarten und Briefe mit Glückwünschen, die sie jetzt alle handschriftlich beantworten will. „Damit bin ich eine Weile beschäftigt.“ Die pensionierte Lehrerin und Gewerkschafterin, von 1974 bis 1977 Vorsitzende der GEW Berlin, pflegt aktiv soziale Kontakte. Regelmäßig kauft sie für ihre Nachbarin ein, besucht politische Veranstaltungen, Gedenkstätten und Konzerte. In Zeiten der Corona-Pandemie ist so gut wie alles abgesagt. „Dafür lese ich jetzt mehr“, sagt Kujawa, „und verbringe viel Zeit zu Hause mit meiner Katze.“

Die Gewerkschafterin plagt aktuell vor allem eine Sorge: „Dass die Demokratie kaputt geht.“ Die Regierung treffe sämtliche Entscheidungen alleine, das sei fatal. „Corona-Kabinett, wenn ich das Wort schon höre“, schimpft die >>>

>>> 90-Jährige. „Wozu haben wir ein Parlament?“ Die konkreten Maßnahmen zum Infektionsschutz selbst steckt sie relativ locker weg.

Damit ist Kujawa eine Ausnahme. Vielen älteren Menschen macht stark zu schaffen, dass die sozialen Kontakte wegbrechen – und zwar unabhängig davon, ob sie in ihrer Wohnung leben oder im Pflegeheim. „Natürlich müssen wir Ältere schützen“, sagt die Präsidentin des Sozialverbands VdK, Verena Bentele, „aber wir dürfen nicht unterschätzen, wie stark sich Vereinsamung oder die Angst vor Ansteckung auswirken können.“

Viele ältere Menschen seien einsam, beobachtet Monika Rebitzki von der Senior*innengruppe „Junge Alte“ der Berliner GEW. „Sie treffen die Einschränkungen am härtesten.“ Die Seniorinnen und Senioren der GEW hätten vor Corona ein „irre aktives Leben“ gehabt. Ob Kino, Stadtteilführung, Ausstellungsbesuch, Instrumentalgruppe, Stammtisch, Singkreis, Chor oder Theaterprobe – aktuell findet davon nichts mehr statt. Im Sommer haben sich die Gruppen noch draußen an der frischen Luft getroffen, aber damit ist es jetzt auch vorbei. „Für viele ist die fehlende Kommunikation gerade das größte Problem“, sagt Rebitzki. „Wir bemühen uns, in Kontakt zu bleiben. Doch viele fallen raus.“ Sie selbst nutzt auch Videokonferenzen, aber viele ältere Menschen scheuten davor zurück. Teilweise besäßen sie gar keine Computer mit Kamera und Mikrofon. Oft seien die Geräte auch zu schwierig zu bedienen, gerade für Menschen, die nicht mehr gut sehen können oder andere Einschränkungen haben. „Dafür braucht es Lösungen“, so Rebitzki. Auch Kujawa kann ohne Hilfe keinen Laptop mehr bedienen, ihre Finger wollen nicht mehr so recht: „Das sind Vorschläge von jungen Leuten, die keine Ahnung haben, wie es sich anfühlt, alt zu sein.“

Viele Ältere suchen daher wo immer möglich nach Gelegenheiten zur Begegnung. So tauchten bei der Mahnwache für die Opfer der Reichspogromnacht am 9. November viel mehr Menschen auf als erwartet. Rebitzki: „Das war wie ein Familientreffen. Die hohe Teilnahme an solchen Veranstaltungen zeigt, wie groß das Bedürfnis nach sozialen Kontakten ist.“

Was also muss geschehen, um es Älteren auch in der Pandemie leichter zu machen, dieses Bedürfnis zu erfüllen? Franz Müntefering, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), sieht die Kommunen in der Pflicht. In Berlin zum Beispiel lebt die Hälfte der Menschen in Einpersonenhaushalten, unter ihnen zahlreiche alte. Wenn bei älteren Paaren ein Partner stirbt, bringt der andere oft physisch und psychisch nicht mehr die Kraft auf, sich um soziale Kontakte zu bemühen. „Die traurige Wahrheit ist, dass Menschen alleine sterben“, sagt der frühere SPD-Bundesvorsitzende und

>>> **Fortsetzung auf Dialog Seite 3**

Selbst aktiv werden

FRAUKE GÜTZKOW

Foto: Kay Herschelmann

Keine Frage: Für die Älteren ist das Leben in der Corona-Pandemie eine besondere Herausforderung. Sie müssen auf vieles verzichten, das ihren Alltag lebenswert und anregend gemacht hat. Da sind zum einen Kultur und Aktivitäten wie Sport oder Vereinsarbeit. Da ist zum anderen der Austausch mit anderen Menschen insgesamt. Corona macht deutlich, wie verletzlich Ältere in unserer Gesellschaft sind und zwar nicht nur gesundheitlich, sondern auch sozial. Wenn sie sich abschotten und auf Begegnungen mit anderen verzichten müssen, trifft sie das besonders hart, denn Ältere sind in kein berufliches Netz mehr eingebunden, und nicht selten lebt ihre Familie weit entfernt.

Aber wir können etwas tun. Wenn Gewerkschaftsversammlungen abgesagt werden müssen, einfach mal zum Telefon greifen und Menschen anrufen, die man dort gerne getroffen hätte. Oder: Spazierengehen und andere Menschen beobachten, Teil also des neuen gesellschaftlichen Alltags sein – mit Distanz. Wir können Corona als Anstoß nehmen, das Digitale zu entdecken. Die Digitalisierung kann helfen, die Krisenzeit zu überstehen. Wir können selbst aktiv werden. In meiner Nachbarschaft gibt ein älteres Paar jeden Abend um 19 Uhr ein paar Minuten lang ein kurzes Konzert. Sie spielt Trompete, er Posaune. Das gibt allen in der Umgebung Kraft.

Corona macht auch sichtbar, dass wir nicht über abstrakte Begriffe diskutieren, wenn wir von Teilhabe und Selbstbestimmung sprechen. Es darf nicht sein, dass Heimleitungen in Altenheimen allein entscheiden, wie Ältere mit Risiken umzugehen haben. Die GEW macht sich daher für die Selbstbestimmungsrechte von Älteren stark. Allerdings: Einfach nur darüber abzustimmen, wie viel Risiko man eingehen möchte, ist in Zeiten der Pandemie keine Option. Doch Ältere in die Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen, zum Beispiel über die Bewohnerbeiräte, ist eine Frage des Respekts und unerlässlich in einer freien, humanen Gesellschaft. Dafür setzen wir uns gemeinsam mit dem DGB und Senior*innenorganisationen gegenüber der Politik ein.

Frauke Gützkow,
Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW, verantwortlich für Seniorinnen- und Seniorenpolitik

Foto: Adobe Stock

„Das macht die Leute fertig.“ Während der Corona-Pandemie dürfen Menschen in Pflegeheimen teilweise über Monate hinweg keinen Besuch bekommen.

>>> **Fortsetzung von Dialog Seite 2**

Bundesarbeitsminister, „auch außerhalb von Corona.“ Deshalb gelte es dringend etwas zu tun, um diese Einsamkeit zu durchbrechen. So könnten sich beispielsweise Sozialarbeiterinnen und -arbeiter regelmäßig bei älteren Menschen melden und sie besuchen.

Besonders hart trifft die Pandemie Menschen in Pflegeheimen und Krankenhäusern. Bewohnerinnen und Bewohner in Heimen dürften teilweise über Wochen und Monate hinweg keinen Besuch bekommen, erzählt Björn Rudakowski. Er ist Pfleger in einer kirchlichen Einrichtung in Mönchengladbach. „Das macht die Leute fertig.“ Die meisten Bewohnenden, so Rudakowski, könnten die „Panik“ nicht immer nachvollziehen. Sie haben den Krieg erlebt, fühlen sich für Krisen gewappnet. „Die Masken ziehen viele eher aus Höflichkeit uns gegenüber auf, weniger aus Angst vor Ansteckung.“ Doch sie leiden extrem darunter, ihre Kinder und Enkel nicht zu sehen. Zudem fallen sämtliche Gruppenangebote in den Einrichtungen wie Therapie, Singen, Kegeln oder Gymnastik weg. In Gesprächen merkt Rudakowski immer wieder, wie bedrückt die Menschen sind. Gerade in so einer Situation brauchten sie viel Zuspruch.

Die Leitungen bemühen sich, Besuche zu organisieren. Doch es hapert an großen Räumen, damit sich Angehörige mit Abstand treffen können. Mit einzelnen Bewohnern haben die Pflegekräfte per Videokonferenz Kontakt zur Familie aufgenommen. „Das ersetzt keinen Besuch“, sagt Rudakowski. „Doch die Leute, die darauf zurückgreifen können, finden es ganz toll.“ Allerdings ist so etwas nur mit Einzelbetreuung möglich. Woher soll das Personal die Zeit dafür nehmen? Pflegekräfte arbeiten in einigen Einrichtungen zwölf Tage am Stück, teilweise trotz positivem Corona-Test, so der Pfleger. Weil die Personalnot so groß ist, werden sie Medienberichten zufolge in einigen Heimen zur Pflege infizierter Bewohner eingesetzt. „Uns fällt jetzt auf die Füße, dass seit Jahren in diesem Bereich gekürzt wird.“

> „Uns fällt jetzt auf die Füße, dass seit Jahren in der Pflege gekürzt wird.“
>
> **Björn Rudakowski, Pfleger**

Der BAGSO-Vorsitzende Müntefering fordert, dass sich in Pflegeheimen deshalb grundlegend etwas ändern muss. „Wir müssen uns fragen: Welche Mindeststandards braucht es, um die Menschen zu schützen?“ Das gelte für Gebäude wie Personal. Wenn etwa Bewohnerinnen und Bewohner in kleinen Gruppen in einer Wohnung zusammenleben, kann man im Krisenfall damit ganz anders umgehen, als wenn 100 Menschen gemeinsam in einem großen Essenssaal sitzen und sich auf engen Fluren begegnen. Zudem müsse der Pflegeberuf attraktiver werden, so Müntefering. Altenpflege werde oft zu schlecht bezahlt. Deshalb brauche es dringend einen flächendeckenden Tarifvertrag. Nur so lasse sich die steigende Zahl an Pflegebedürftigen gut versorgen. „Die Probleme waren vorher schon latent da“, sagt der BAGSO-Vorsitzende. Corona aber habe die Situation noch einmal verschärft.

Außerdem müssten auch die Grundrechte Älterer gewahrt werden, soziale Teilhabe ist eines davon. Müntefering: „Dafür muss der Staat die Verantwortung übernehmen.“ Häufig geben die Heime dem Infektionsschutz absoluten Vorrang vor den Bedürfnissen der Menschen nach sozialer Nähe, Bewegungsfreiheit und Selbstbestimmung. Doch die Entscheidung über solche Maßnahmen dürfe nicht den Heimleitungen aufgeladen werden. Oft haben sie nach Münteferings Beobachtung die Sorge, etwas falsch zu machen oder verklagt zu werden. Deshalb steht für sie der Schutz vor Ansteckung im Vordergrund. „Das können nur die Kommunen regeln“, meint Müntefering, „mit mehr Unterstützung der Länder.“

Vor der Pandemie hat Kujawa ihre 92-jährige Schwester alle fünf Tage im Pflegeheim besucht. Als keine Besuche mehr erlaubt waren, schickte sie ihr alle fünf Tage eine Postkarte mit einem Tiermotiv. Die Pflegekräfte hätten sie nebeneinander an den Schrank gehängt, gut sichtbar. „Alle im Pflegeheim waren sehr liebevoll“, sagt Kujawa. Ihrer Meinung nach sollten sich Pflegekräfte in der Gewerkschaft organisieren. Und die Bewohnerinnen und Bewohner sollten ihr Recht auf Mitbestimmung wahrnehmen und stärker in Beiräten mitwirken. Kujawa: „Mein Credo, gerade für solche Zeiten, lautet: Demokratie von unten. Das gilt für alle, ob alt oder jung.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

Alltag mit der Pandemie

Tipps und Angebote für Ältere

// Kann ich bei Beschwerden einen Arzt aufsuchen oder ist das Risiko, sich in der Praxis zu infizieren, zu groß? Wo finde ich Kontakte und Unterstützung bei Alltagserledigungen? Kann ich Freunde und Angehörige im Pflegeheim besuchen. Worauf muss ich selbst bei der Pflege achten? Diese Anlaufstellen helfen weiter. //

▶ Nachbarschaftskontakte

Die Stiftung nebenan.de organisiert Unterstützung vom Einkaufen bis Hund ausführen. Die vermittelten Kontakte für Menschen, die maximal in einem Radius von zehn Gehminuten voneinander entfernt wohnen; Postleitzahl eingeben reicht: **www.nebenan.de**
Auch einige Bundesländer haben Übersichtsseiten mit lokalen Angeboten für den Austausch in der Nachbarschaft eingerichtet: **bit.ly/3hjTAJq**

▶ Hilfe bei Einsamkeit

Ein offenes Ohr bei Problemen oder Einsamkeit in Corona-Zeiten finden Anrufende bei der kostenfreien Hotline von Silbernetz: 0800 4708090, 8 bis 22 Uhr: **www.silbernetz.org**
Einen Podcast der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) zum Thema gibt es auf YouTube: **bit.ly/3rqvH7J**
Tipps für den Umgang mit Sorgen von Finanzen bis Angst vor Ansteckung bietet die Deutsche Psychotherapeuten-Vereinigung unter: **bit.ly/2WHx4k4**

▶ Pflege von Angehörigen

Über die kostenlose App **www.in-kontakt.de** können sich Angehörige informieren, vernetzen, Erfahrungen austauschen. Die App wird vom Bundesgesundheitsministerium (BMG) gefördert.

▶ Digitaler Austausch

In Corona-Zeiten ist digitaler Kontakt eine Chance. Angebote für Einsteiger bietet das Projekt Digital Kompass. Die bundesweit 70 Standorte haben Online-Sprechstunden, digitale Kaffeekränzchen und Schritt-für-Schritt-Anleitungen zu vielen Themen rund ums Internet im Programm:
www.digital-kompass.de
Mit dem Projekt Digitaler Engel unterstützt das Bundesseniorenministerium Ältere, digitale Angebote sicher zu nutzen: **www.digitaler-engel.org**

▶ Sport

Der Deutsche Turner-Bund hat ein Online-Programm „Mach mit, bleib fit!“ für Menschen ab 60 Jahren zusammengestellt: **bit.ly/2Kmv3Yd**

▶ Politische Teilhabe

Über politische Wege, um die Situation Älterer in Zeiten der Corona-Pandemie zu verbessern, informieren die Positionspapiere, Gutachten und Stellungnahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO). Einen guten Überblick gibt die BAGSO-Website: **www.bagso.de/themen/corona-pandemie**

IMPRESSUM Dialog
Herausgeberin: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main, Telefon 069 78973-0
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Geschäftsführende Redakteurin: Anja Dilk
Redakteurin/Redakteur: Frauke Gützkow, Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel

Was bewegt …

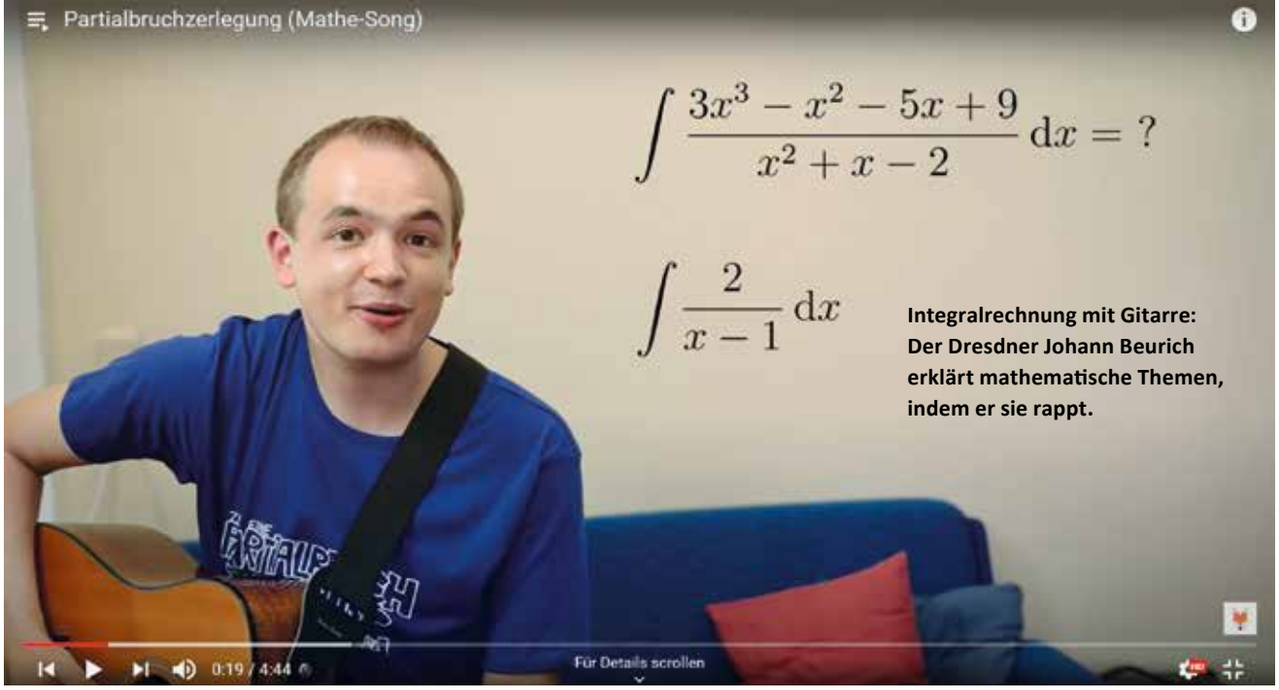
// … Dorothee von der Stein, 67, ehemalige Grundschulleiterin in Essen, Nordrhein-Westfalen, seit 2018 im Ruhestand? //

▶ Wie ich meinen Tag beginne.
Es ist wunderbar, unabhängig vom Wecker wach werden zu dürfen. Frühstücken, Zeitung lesen, die Taktung des Tages selbst bestimmen. Ich habe tatsächlich erst wieder lernen müssen zu entschleunigen.

▶ Was mich bildungspolitisch umtreibt.
In den ersten Wochen im Ruhestand dachte ich: Jetzt ist Schluss mit Bildungspolitik, nach 40 Jahren als Grundschulleiterin brauche ich das nicht mehr. Schnell wurde mir klar, dass ich einen Cut gar nicht will. Endlich kann ich geruhsam Hintergrundartikel zu bildungspolitischen Themen lesen, als Rektorin blieb oft nur Zeit für schnelle Infos über Handy, Radio und TV. Bald betrifft mich Bildungspolitik auch wieder konkret, seit einiger Zeit bin ich Oma. Bekommt meine Enkelin einen guten Kita-Platz, welche Schule empfiehlt sich danach, welche pädagogischen Neuerungen gibt es? Ich hoffe, dass die Digitalisierung in der Grundschule endlich vorankommt.

▶ Was ich mir vorgenommen habe.
Mehr Zeit mit Freunden zu verbringen, auch mal spontan durchklingeln: Wie wäre es mit einem Spaziergang, etwas Kleines Essen gehen, einen Ausflug machen? Ich habe wieder angefangen, Tennis zu spielen, unsere Damengruppe hat einen Winter- und einen Sommerplan. Es ist großartig, dass man sich im Ruhestand einfach mal für einen Kurztrip ins Auto schwingen kann.

Aufgezeichnet von: Anja Dilk, freie Journalistin



Integralrechnung mit Gitarre: Der Dresdner Johann Beurich erklärt mathematische Themen, indem er sie rappt.

Screenshot: Nadine Emmerich

Die Transzendenz von Pi

// **Mathematische Formeln und Konzepte kurz und knackig in einen Song zu packen, ist eine Kunst. Johann Beurich beherrscht sie – und gibt auf YouTube Mathe-Nachhilfe für Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer.** //

Um die Partialbruchzerlegung zu vertonen, hat Beurich einige Jahre gebraucht. Der heute 27-Jährige musste diese Umformung rationaler Funktionen in der Mathematik zunächst selbst tief verinnerlichen, bevor er sie sowohl vollständig als auch verständlich in einen Song packen konnte. Schon seit 2011, damals war er noch Schüler, erklärt der Dresdner mathematische Themen, indem er sie rappt. In seiner YouTube-Playlist Mathe-Songs sind 35 solcher Videos zu finden.

„DorFuchs“ nennt sich Beurich auf der Videoplattform und in sozialen Netzwerken, das ist die sächsische Aussprache von „der Fuchs“. Bei YouTube hat er 223.000 Abonnentinnen und Abonnenten, weitere Tausende folgen ihm bei Twitter, Instagram und Facebook. Sein erster Song über die p-q-Formel wurde mehr als 2,5 Millionen Mal aufgerufen, das Video über die binomischen Formeln rund 3,7 Millionen Mal. Auch „Pi ist irrational“, sein bisher anspruchsvollster Song, wurde mehr als 450.000 Mal geklickt. Grundsätzlich gilt bei ihm aber: „Alles, was ich mache, ist mit Abiturwissen verständlich.“ Und mathematisch korrekt.

Derzeit hat Beurich etwas weniger Zeit für die Produktion neuer Videos – bis zu 100 Stunden Arbeit stecken in einem Mathe-Song –, da er inzwischen an der Technischen Universität Dresden promoviert. Noch im Anfangsstadium ist daher die Idee für einen Song, in dem er den Satz von Euklid, dass es unendlich viele Primzahlen gebe, zu beweisen versucht. „Die Community wünscht sich ja ständig Neues.“

Mathematik ausformulieren

Die Community, das sind Schülerinnen und Schüler, die mit seinen Liedern lernen, aber auch viele Lehrkräfte, welche die Videos im Unterricht nutzen. Von vielen bekommt er regelmäßig begeistertes Feedback. In den Kommentaren unter „Die Wurzel aus 2 ist irrational“ etwa heißt es: „Danke DorFuchs! Du hast mir und meinem Kumpel den Hintern gerettet, wir mussten nämlich ein Referat über dieses Thema halten und hatten keinen Plan.“

Das spornt Beurich an: Er überlegt, sich nach der Promotion als Bildungs-YouTuber weiter zu professionalisieren. Als Mathematiker mit Doktortitel könne er zwar mehr verdienen, aber: „Hier sehe ich einen direkten Einfluss von dem, was ich mache: Ich kann Schülern helfen.“ In der Mediothek im Thüringer Schulportal werden seine Videos bereits als Lernmaterial angeboten, auch für die Lernplattform „Learnattack“ des Dudenverlags war er schon tätig.

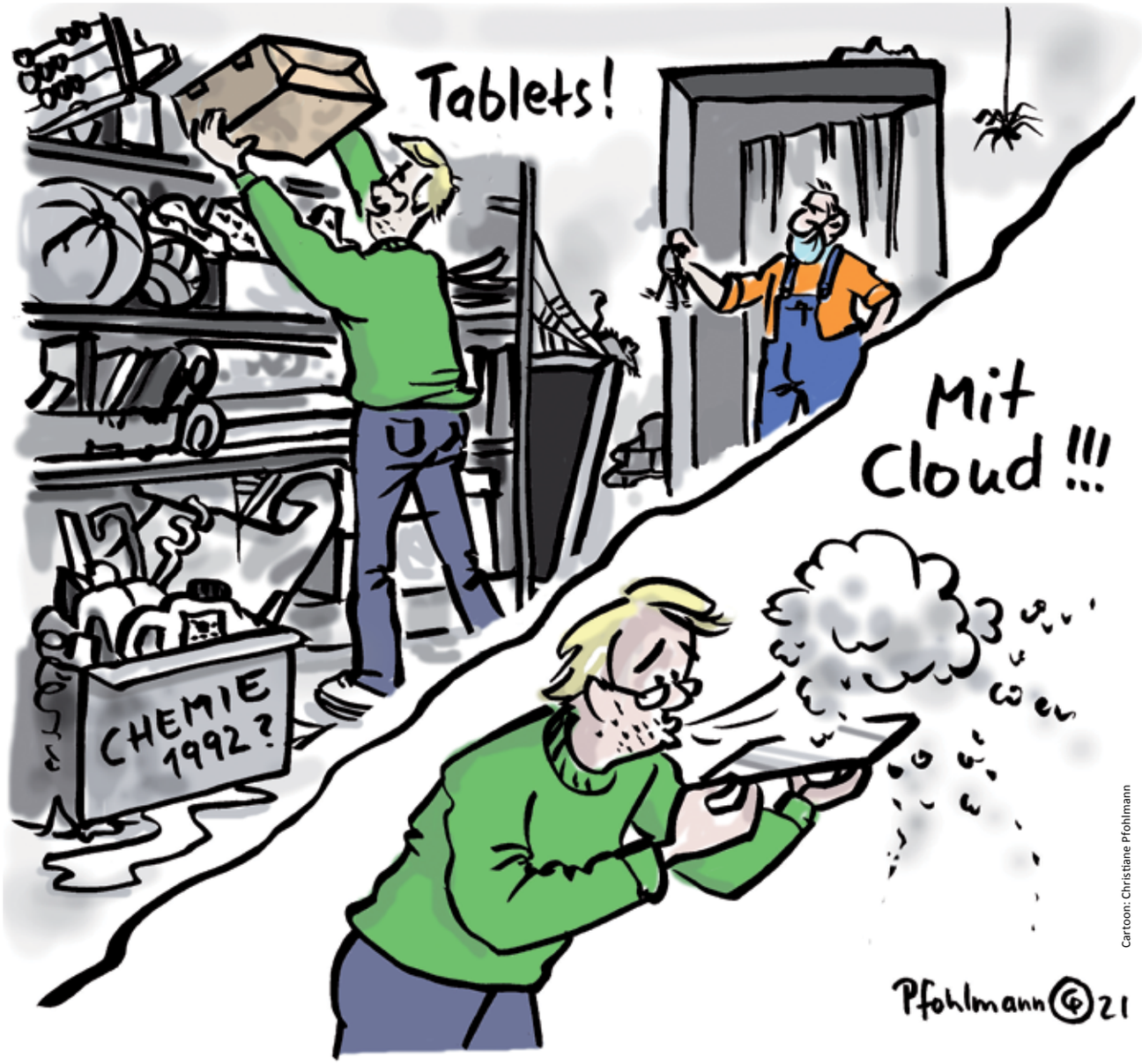
Auch wenn seine Songs sehr eingängig sind, glaubt Beurich, dass seine Erklärungen und Visualisierungen entscheidend für das Einprägen der Inhalte seien. Beim Songschreiben durchlaufe er selbst nochmal mehrere Stufen eines tieferen Verständnisses, sagt er. „Mathematik muss auch mal ausformuliert werden.“ Schülerinnen und Schülern empfiehlt er, hinter eine Aufgabe nicht nur ein Ergebnis zu schreiben, sondern auch in einem Text zu erklären, wie sie dahin gekommen seien.

Diese Leidenschaft für Mathematik habe er schon immer gehabt, erinnert sich der Doktorand. Bereits im Kindergarten rechnete er mit, wenn seine ältere Schwester Hausaufgaben machte. In der Schule „war die Eins auf dem Zeugnis immer gesetzt“. Sich nur im Unterricht mit Mathe zu befassen, war ihm indes zu wenig. Da er auch Klavier, Gitarre, Schlagzeug und Akkordeon spielt und immer mal Lieder schreiben wollte, ihm aber die Texte dazu fehlten, vertonte er die p-q-Formel. Weil deren Herleitung zu viel Text zum Singen hatte, kam er zum Rap.

Irgendwann will sich Beurich auch an die Riemannsche Vermutung wagen: Seit dem 19. Jahrhundert rätseln Experten über die Nullstellen der Zeta-Funktion, woraus sich Kenntnisse über die Verteilung der Primzahlen schlussfolgern lassen. Dem 27-Jährigen schwebt vor, das konkrete Problem dabei zu erläutern. Und er würde gern rappend die Transzendenz von Pi beweisen: „Dazu braucht man aber ein ganzes Album.“

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

www.youtube.com/user/DorFuchs



Cartoon: Christiane Pfohlmann

Das Gerätedilemma

// Der Staat muss den Lehrkräften endlich digitale Dienstgeräte geben. Aber als Billignummer geht das nach hinten los. Folgefragen wie Support der Geräte und Schulungen der Lehrerinnen und Lehrer müssen auch geklärt sein. //

Jan Kölb ist Lehrer und Medienkoordinator am Herder-Gymnasium in Gießen. Er hat an seiner Schule gelernt, wie gewinnbringend es ist, die Kolleginnen und Kollegen mit Dienstgeräten auszustatten – und wie anspruchsvoll. 20 Lehrkräfte bekamen Tablets, die Geräte wurden gemeinsam eingerichtet, dann gab es Fortbildungen, wie man damit umgeht – technisch wie pädagogisch. Das Ganze kostete mehr als den reinen Gerätepreis, habe sich aber gelohnt, sagt Kölb der E&W.

Dem Dienstgeräteprogramm der Bundesregierung steht Kölb trotzdem zwiespältig gegenüber. Ja, sagt er, es sei gut, wenn endlich jede Lehrkraft ein Notebook oder Tablet vom Arbeitgeber bekommt. Und, nein, wenn das nicht gut finanziert und administriert wird, werde es problematisch: „Wenn der ganze Rattenschwanz an Folgefragen wie Support der Geräte und Schulungen der Lehrer nicht mitgedacht wird, schadet es mehr, als es nützt."

Die Bundesregierung verhandelt derzeit mit den Ländern über ein sogenanntes Dienstgeräteprogramm. 500 Millionen Euro stehen zur Verfügung, um für jede Lehrkraft ein digitales Endgerät anzuschaffen. Das Projekt wurde im August 2020 erstmals öffentlich, obwohl Berlin nach Informationen der E&W bereits seit Juni mit Landespolitikern darüber

sprach. Im Prinzip stehen für die mehr als 800.000 Lehrerinnen und Lehrer pro Person 600 Euro zur Verfügung – nur für die Hardware. Nach langen Verhandlungen – zuletzt stand noch die Unterschrift von Nordrhein-Westfalen aus – wurde das Programm Ende Januar endlich eingetütet.

Tablets vergammeln im Keller

Begrüßen die Lehrkräfte das Programm? Überraschenderweise nicht alle. Bei digital affinen Lehrern etwa trifft es sogar auf ungewöhnlich scharfe Kritik. Der bayerische Realschulleiter Michael Graf etwa sagt: „Dienstgeräte für Lehrerinnen und Lehrer – bitte nicht jetzt!“ Graf ist in der Lehrercommunity Bayerns eine feste Größe, sein Blog wird viel gelesen. Der Digitalexperte listet eine ganze Reihe Gründe auf, die gegen Dienstgeräte sprechen. Sie reichen vom Urheber- bis zum Arbeitsrecht. „Nach aktuellem Stand wird bei Nutzung eines digitalen Endgerätes jeder Arbeitsplatz eines Lehrers zu einem EDV-Arbeitsplatz mit entsprechenden Vorschriften“, schreibt Graf etwa. „Ist den politisch Verantwortlichen klar, was das bedeutet?“

Was sich wie schlecht gelaunte Mäkelei anfühlt, wird von vielen Lehrkräften und Schulträgern geteilt. Wer einfach nur Geräte an Schulen übergibt, der verursacht vielleicht sogar Probleme. Schulleiter Tobias Schreiner von der Realschule Gmund etwa befürchtet: „Wenn es zu Schnellschüssen kommt und LKW-Ladungen voller Tablets oder Notebooks über die Schulen ausgekippt werden, um die sich dann keiner kümmert, dann vergammeln die Dienstgeräte im schlimmsten Fall als Elektroschrott im Schulkeller.“ Dabei ist Schreiner kein Gegner von Dienstgeräten; an seiner Schule am Tegernsee besitzen alle Lehrkräfte Laptops. „Es ist ein Schritt in Richtung Professionalisierung und kann Lehrerinnen und Lehrer zur Zusammenarbeit motivieren“, sagt er. Damit ist gemeint, dass die Einführung digitaler Geräte und Methoden auch die Art des Lernens und die Kultur im Lehrerzimmer ändert.

Die E&W erfuhr von mehreren Fällen, in denen zum Teil Hunderte Tablets angeschafft wurden, die dann für Wochen originalverpackt im Keller landeten. Die Lehrkräfte wollen den Namen ihrer Schulen lieber nicht nennen. Warum geht das mit den Geräten manchmal schief? Weil manche Schulträger die Schulen bei der Auswahl der Geräte nicht beteiligen. Und weil es an Schulen de facto keine eigenständige IT-Administration gibt. Bisher sind das meistens Pädagoginnen und Pädagogen, die sich – wie ein Lehrer berichtet – „nicht mehr ins Lehrerzimmer trauen, weil sie dort sofort mit Fragen nach der IT gelöchert werden“.

Der Bund hält sich zugute, dass er das Problem mit der IT-Administration gerade löst. Tatsächlich wurde noch vor dem Dienstgeräte-Programm für Lehrkräfte eine weitere halbe Milliarde Euro für die Länder vereinbart, die sie für Administratoren verwenden können. Schulen kaufen sich dann den Support beim örtlichen Computerhändler ein oder heuern – Ausnahme für ein Bundesprogramm – selbst Personal an, sogenannte Turnschuhadministratoren. Das sind keine IT-Kräfte, die vom Netzwerk aus Geräte betreuen, sondern Mitarbeiter, die gewissermaßen von Lehrer zu Lehrerin laufen, um die Dienstgeräte einzurichten. Für Schulen sind IT-Administratoren unabdingbar, wenn alle Lehrkräfte eigene Laptops oder Tablets bekommen sollen. Freilich sieht man auch an diesem Programm, wie kurz Bund und Länder oft denken. Ein Rechenbeispiel: Wollte man jeder der gut 40.000 Schulen einen IT-Administrator oder eine IT-Administratorin zur Verfügung stellen, dann kostete das rund zwei Milliarden Euro – pro Jahr!

Inzwischen ist die Industrie auf das Problem aufmerksam geworden. Sie unterbreitet Angebote, die direkt auf die Lehrerschaft zugeschnitten sind. So bietet das Telekommunikationsunternehmen Telefónica eine Art Rundum-sorglos-Paket an. Die Lehrerinnen und Lehrer bekommen ein hochwertiges Tablet mit einer unbegrenzten Datenflatrate. Die Geräte werden für und mit den Lehrkräften eingerichtet.

Es soll eine Support-Hotline für die Pädagoginnen und Pädagogen geben sowie eine Einführung in die wichtigsten 200 Lern-Apps. „Mir hat der persönliche Einsatz zahlreicher Lehrer imponiert“, sagt der Chef von Telefónica Deutschland, Markus Haas, zu E&W. „Aber es ist leider nicht so, dass jede Lehrkraft Zugriff auf ein dienstliches Endgerät hat. Deswegen bieten wir Lehrerinnen und Lehrern jetzt etwas an, das sie sofort vernetzt – und eine Servicehotline enthält, die sie Tag und Nacht anrufen können.“ Weil nicht alle Lehrkräfte mit Tablets zurechtkommen, hat Telefónica inzwischen auch Laptops in das Programm mit aufgenommen.

Dass man die Quadratur des Kreises von Dienstlaptops, IT-Administration, Fortbildung und Autonomie der Schule hinbekommen kann, zeigt das Beispiel der Herderschule in Gießen. Nachdem die 20 Kolleginnen und Kollegen gut in den Umgang mit Tablets eingeführt und geschult wurden, habe das Gymnasium einen Sprung gemacht, sagt Lehrer Kölb: „Wir haben etwa ein Drittel des Kollegiums begeistern können. Das Fernlernen konnten wir so während der Pandemie besser meistern.“ Und wie geht es weiter? Nun wollten immer mehr Kolleginnen und Kollegen ein Dienstgerät – und auch die Schülerinnen und Schüler verlangten danach.

Christian Füller,
freier Journalist

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Hybridunterricht meist zum Scheitern verurteilt

// Ein Virus verändert die Schule. SARS-CoV-2 erfordere Kreativität und neue Konzepte von allen Beteiligten, sagt Volkmar Hinz, Leiter des Labors für „Schul-IT-Infrastruktur und digitale Lernwerkzeuge“ an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. //

E&W: Kann Hybridunterricht, sprich die Mischung von Präsenz- und Digitalunterricht, überhaupt funktionieren?

Volkmar Hinz: Es mag sein, dass es Lehrerinnen und Lehrer gibt, die den Spagat schaffen. Sie müssen dann aber im Umgang mit digitalen Medien sehr vertraut sein. Jenseits aller Fragen der Technik glaube ich, dass dies in den überwiegenden Fällen zum Scheitern verurteilt ist. Es kann doch zum Beispiel gar nicht funktionieren, dass sich eine Lehrkraft auf die anwesenden Schülerinnen und Schüler konzentriert und gleichzeitig die Technik checkt oder etwa eine Übertragungspanne behebt. Hybrid klappt eigentlich nur, wenn in jedem Klassenzimmer gleichzeitig ein Regieassistent sitzt. Wobei ich zudem sehr unsicher bin, ob sich eine Lehrkraft parallel intensiv beiden Gruppen, also jener im Klassenraum und jener am Bildschirm, individuell widmen kann.

E&W: Was schlagen Sie vor?

Hinz: Es kann meines Erachtens nur ein „entweder oder“ geben. In Finnland baute man im Frühjahr vergangenen Jahres auf den Fernunterricht. Synchron online wird er genannt. Will heißen, wenn um 9 Uhr Mathe auf dem Stundenplan steht, versammeln sich alle um diese Zeit am Bildschirm zu diesem Fachunterricht. Die Variante, die Schülerinnen und Schüler mit „Hausaufgaben“ zu versorgen und ihnen die Möglichkeit zu geben, anschließend in einer wöchentlichen Online-Sprechstunde die eigene Arbeit zu überprüfen, wurde bei uns probiert und von vielen Eltern als nicht sinnvoll eingestuft. Sie wünschten sich eine ähnliche Lösung wie in Finnland.

E&W: Sie unterrichten parallel am Stiftungsgymnasium in Magdeburg Naturwissenschaften. Verzichten Sie im Distanzunterricht auf Experimente?

Hinz: Auf keinen Fall. Naturwissenschaftlicher Unterricht lebt von Lebendig- und Anschaulichkeit. Dadurch fesselt und begeistert man die Lernenden. Ich nutze ein Zweibildmanagement. Eine Dokumentenkamera filmt Experimente, die ich auf dem Tisch vorführe, und transportiert sie zu den Schülerinnen und Schülern daheim. Auf einem zusätzlich angeschlossenen Monitor habe ich den Blick auf die Klasse.

E&W: Stößt die Anschaulichkeit da nicht deutlich an ihre Grenzen, schließlich können die Schülerinnen und Schüler nur zuschauen?

Hinz: Schon richtig. Aber ich kann beispielsweise fragen: „Hast du das Experiment gesehen und kannst es uns allen erklären?“ Interaktiv ist da vieles möglich.

E&W: Eine Ausstattung wie die Ihre ist sicher nicht preiswert. Reichen die geplanten 500 Millionen Euro aus, die Bund und Länder in die Ausstattung der Lehrkräfte mit Laptops stecken wollen?

Hinz: Ich verfüge über einen Business-Laptop mit all seinen technischen Vorteilen wie der Möglichkeit, mit einem Spezialstift darauf zu schreiben. Wenn ich solch einen Standard wünsche, reicht die Summe nicht aus. Hinzu kommt, dass meines Wissens Kommunen ein rechtliches Problem darin sehen, Personal, das nicht bei ihnen, sondern beim Land angestellt ist, mit Arbeitsmaterial auszustatten. Sie fürchten, keinen Einfluss darauf zu haben, was die Lehrkräfte mit den Geräten tun, da sie nun einmal nicht ihre Dienstherren sind.

E&W: Sehen Sie andere Möglichkeiten, Lehrerinnen und Lehrer digital besser auszustatten?

Hinz: Ja. Ich persönlich halte wenig davon, die Lehrkräfte „von oben“ mit

Foto: imago images/Gutschalk

Hybridunterricht, also die Mischung aus Präsenz- und Distanzlernen kann nur funktionieren, wenn die Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Medien sehr vertraut sind.

Foto: Stefan Berger

Volkmar Hinz

Geräten zu versorgen, zumal es Monate dauern wird, bis diese da sind. Sinnvoller wäre, ihnen zu ermöglichen, eigene Geräte zu nutzen oder selbst anzuschaffen und vielleicht steuerlich geltend machen zu können.

E&W: Und dann wäre alles gut?

Hinz: Bei weitem nicht. Wir brauchen Lehrkräfte mit viel Kreativität. Solche, die nicht nur handeln, wenn optimale Rahmenbedingungen existieren. Nehmen wir den Einwand, zu lange Arbeit am Handy schade den Augen. Stimmt. Aber ich bin sicher, in fast jedem Haushalt steht ein Fernseher, der mit dem Handy gekoppelt werden kann. Schon ist das gesundheitliche Problem erst einmal gelöst. Aber klar, auch dafür muss es wie in der Wirtschaft Bildschirmarbeitsplatzregelungen geben. Und ich möchte eine verständliche Unsicherheit der Lehrkräfte ansprechen. Das Urheberrecht macht es für sie schwierig, zu entscheiden, was sie online stellen dürfen (s. E&W 1/2021). Hier wünsche ich mir eine Nivellierung.

E&W: Reicht denn das von Schulbuchverlagen „abgesicherte" Material nicht aus?

Hinz: Kurze und klare Antwort: nein. Deutschland hat da den Anschluss ebenso wie bei der technischen Ausstattung der Schulen verpasst.

E&W: Welche Möglichkeiten haben Lehrkräfte bei flächendeckenden Schulschließungen?

Hinz: Ich sehe zwei Möglichkeiten. Sie bieten ihren Online-Unterricht von zu Hause oder aus der Schule an. Wenn viele die Variante Schule wählen, dann gibt es allerdings Probleme bei der derzeitigen Internetanbindung der Schulen. Da dürfte es zu einer Überlastung kommen, wenn gleichzeitig 30 oder 40 Lehrkräfte streamen. Einfacher ist es dann wahrscheinlich, wenn Lehrende ihren persönlichen Internetzugang daheim nutzen. Das aber erfordert eine völlig neue Kommunikationsstruktur in den Kollegien.

E&W: Was halten Sie dafür für geeignet?

Hinz: Aus meiner Erfahrung in der Arbeit am Stiftungsgymnasium setze ich klar auf Microsoft Office 365 (for Education). Dieses Produkt ist speziell für den Business- und Education-Bereich konzipiert und unterliegt daher anderen Datenschutzregeln als die Privatkunden-Version. Ich bin mir der kontroversen Sicht dazu durchaus bewusst, aber die Gebrauchstauglichkeit von Open Source-Produkten reicht derzeit leider nicht im Ansatz an Microsoft- oder Google-Angebote heran. Die Entwicklung europäischer Produkte hat man leider verschlafen.

E&W: Wie optimistisch blicken Sie in die Zukunft?

Hinz: Es besteht durchaus Potenzial, durch die bereitgestellten Mittel in Deutschland wirklich etwas voranzubringen. Dafür aber sind ein mit der Basis abgestimmtes Konzept und ein entsprechender Fahrplan erforderlich. Das alleinige Anschaffen von Hardware reicht nicht. Sonst wird nach Corona nämlich ein Aufatmen durch die Republik gehen und viele werden sich auf die „guten alten Tage ohne Digitales" besinnen. Leider.

Stephan Lüke,
freier Journalist

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
GEW
Hauptvorstand

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist die Bildungsgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund. Wir vertreten über 280.000 Menschen, die in pädagogischen und wissenschaftlichen Berufen tätig sind: In Schulen, Kindertagesstätten, Hochschulen und anderen pädagogischen Einrichtungen.

Der Hauptvorstand der GEW in Frankfurt am Main besetzt zum **01. August oder 01. September 2021 einen**

Ausbildungsplatz für den Beruf Kauffrau/Kaufmann für Büromanagement

Mit den Wahlqualifikationen: Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement/Assistenz und Sekretariat

Du lernst in deiner dreijährigen Ausbildung unter anderem:
- die Vor- und Nachbereitung von Veranstaltungen und Dienstreisen
- telefonische und schriftliche Kommunikation mit Mitgliedern und Gremien
- Terminkoordination
- Bearbeitung von Angeboten und Rechnungen
- Umgang mit MS-Office Produkten, Social Media und internen Datenbanken

Dein Profil:
- du hast einen erfolgreichen Schulabschluss
- deine Kenntnisse in Deutsch und Mathematik sind gut
- du bist kommunikativ
- du hast Spaß an dienstleistungsorientiertem Arbeiten
- du bist engagiert, zuverlässig, hast Interesse an politischen und gesellschaftlichen Themen, und: eine rasche Auffassungsgabe – dann solltest du dich bewerben!

Schriftliche Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richtest Du bitte bis zum **31. März 2021** an den GEW-Hauptvorstand, z. Hd. des Geschäftsführers, Kennzeichen „GFA21".

Schwerbehinderte Menschen erhalten – bei sonst gleichen Voraussetzungen – den Vorzug.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand, z. Hd. des Geschäftsführers, Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt

Lärmdetektive
Dem Schall auf der Spur

Lärmkoffer der Deutschen Gesellschaft für Akustik e.V. mit Messgeräten und Unterrichtseinheiten inkl. Experimentier- und Bastelanleitungen zur Beurteilung von Schall und seinen Wirkungen

Ausleihe:
- kostenfreie Ausleihe für interessierte Schulen, um den Koffer im Unterricht oder an Projekttagen einsetzen zu können
- lediglich anfallende Versandkosten

Aktionstag:
- eintägige kostenfreie Aktion, die vor Ort an der Schule stattfindet
- Einführung in die Welt des Hörens und der Akustik anhand eines Workshops für zwei Schulklassen
- Vertonung eines Kurzhörspiels am Ende jedes Workshops

Interesse an einer Ausleihe oder einem Aktionstag?
Dann melden Sie sich unter
laermkoffer@dega-akustik.de

DEGA

Deutsche Gesellschaft für Akustik e.V.
Alte Jakobstraße 88
10179 Berlin
laermkoffer@dega-akustik.de
www.dega-akustik.de
www.tag-gegen-laerm.de

„Die Lehrkräfte haben es gewuppt“

// Beim Thema Distanzlernen stehen in der Regel die Grund- und weiterführenden Schulen im Zentrum des Interesses. Wie gut oder schlecht das Lernen mit Hilfe digitaler Medien im ersten Corona-Lockdown an Berufsschulen gelungen ist, zeigen die Ergebnisse eines Forschungsprojekts der Universität Duisburg-Essen, das den Distanzunterricht an berufsbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen (NRW) unter die Lupe genommen hat. //

Das war wirklich alles andere als ein normales Jahr, das die beruflichen Schulen oder Berufskollegs, wie sie in NRW heißen, 2020 erlebt haben. Vieles war anders, aber eigentlich dann doch wieder nicht: Als der Lockdown am 16. März an Rhein und Ruhr begann, spielten die rund 370 Berufskollegs in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle. Nicht viel anders war es, als die knapp 28.000 Lehrkräfte eigenverantwortlich, mit Improvisationstalent und kreativen Ideen Distanzlernen organisierten.

Dass ihre Arbeit wenig öffentliche Aufmerksamkeit erfährt, das kennen Berufsschullehrkräfte schon. Richtig viel Unterstützung und Interesse, einen Hype um die Berufskollegs, den gab es eigentlich noch nie. Und trotzdem haben die Lehrerinnen und Lehrer aus einer schwierigen Situation für ihre 540.000 Schülerinnen und Schüler das Beste gemacht. Das bestätigt ihnen eine Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen, die im Oktober vergangenen Jahres veröffentlicht wurde*.

Schuleigene Endgeräte

Monique Ratermann-Busse, Projektleiterin beim IAQ, hat an acht Berufskollegs im Ruhrgebiet die Bildungsarbeit in Zeiten von Digitalisierung und Corona untersucht. Im ersten Schritt ging es um

Foto: Carolin Weinkopf

Monique Ratermann-Busse, Universität Duisburg-Essen

die Arbeit des Bildungspersonals, später kamen dann auch die Schülerinnen und Schüler sowie die kooperierenden Betriebe zu Wort. Von der Arbeit der Pädagoginnen und Pädagogen ist die Forscherin beeindruckt: „Die Herausforderungen des Lockdowns haben die Lehrkräfte getragen, ob und was passierte, war abhängig von ihrem Engagement. Ja, sie haben den Unterricht gewuppt.“ Sie haben Strategien entwickelt, damit Lernen auf Distanz überhaupt möglich wurde. „An Homeschooling hat im Vorfeld niemand gedacht, war ja auch nicht vorgesehen im Programm der Berufskollegs. Das hat alle eiskalt erwischt.“

Es gab eine „starke Dynamik an den Berufskollegs“ in der Zeit des Shutdowns, auch bei den nicht so technikaffinen Lehrkräften. Auch sie haben sich dann mit digitalen Medien auseinandergesetzt. Anleitung gab es von den Computerfreaks im Kollegium, so das Ergebnis der Studie. „Es sind einfach viel mehr Lehrkräfte ins Boot der schulischen Digitalisierung eingestiegen“, resümiert Ratermann-Busse.

Einige Lehrerinnen und Lehrer fingen an, eigene Lernvideos zu produzieren, um so ihre Inhalte zu präsentieren. An Berufskollegs, die einen Informatik-Schwerpunkt haben, waren die Voraussetzungen dafür besonders gut. Unabdingbar war natürlich, dass Schülerinnen und Schüler zu Hause oder im Betrieb überhaupt zu erreichen waren. Smartphones hatten zwar alle, aber Notebooks oder PCs waren eher rar gesät. Aufgaben, Erklärtexte gab es auch per Mail und wenn es gar nicht anders ging mit der Post. Das soll sich aber ändern: Helfen soll ein Sofortausstattungsprogramm, mit dem Schüler und Lehrkräfte schuleigene Laptops, Notebooks und Tablets erhalten.

Bislang sind häufig Jugendliche in ausbildungsvorbereitenden Bildungsgängen und aus sozial schwierigen Verhältnissen am schlechtesten mit Distanzunterricht zu erreichen. Das zeigen die IAQ-Forschungsergebnisse. Und zwar schlicht deshalb, weil es oft keine Endgeräte gibt. „Für diese Klassen war es fast unmöglich, Fernunterricht erfolgreich anzubieten. Bildungsbenachteiligungen verstärkten sich deshalb nochmals“, so Ratermann-Busse.

Viel Unsicherheit gab es lange Zeit bei den Lehrkräften darüber, mit welchen Videokonferenztools sie überhaupt arbeiten durften. Erst seit Beginn des laufenden Schuljahres können die Schulleitungen auf Grundlage eines Beschlusses der Schulkonferenzen den Messenger des landeseigenen LOGINEO NRW, das auf Moodle-Basis läuft, zur digitalen Kommunikation nutzen.

Querschläge beim Engagement der Kolleg-Lehrkräfte gab es auch vonseiten der Landesregierung: So war die Verordnung des Schulministeriums NRW zur gesicherten Versetzung den Wissenschaftlern zufolge kontraproduktiv. Diese habe dazu geführt, dass eine Reihe von Schülerinnen und Schülern „abgetaucht seien“, erklärt Ratermann-

Busse. Aber auch die Landesregierung lernte: Mit der seit September 2020 vorliegenden 48-seitigen „Handreichung zur chancengerechten Verknüpfung von Präsenz- und Distanzunterricht im Berufskolleg“** ist eine Leistungsbewertung bei Fernunterricht wieder möglich.

Zu wenig Weiterbildung

Einen wunden Punkt hat das Forschungsteam des IAQ bei der digitalen Weiterbildung der Lehrkräfte ausgemacht. Zwar heißt es vollmundig bei Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP): „Alle Lehrkräfte erhalten sowohl Angebote zur pädagogischen und technischen Nutzung der neuen LOGINEO als auch Online-Seminare zur Gestaltung von Distanzunterricht.“ Im Alltag der acht Lehrerkollegien ist davon allerdings noch nicht viel zu spüren.

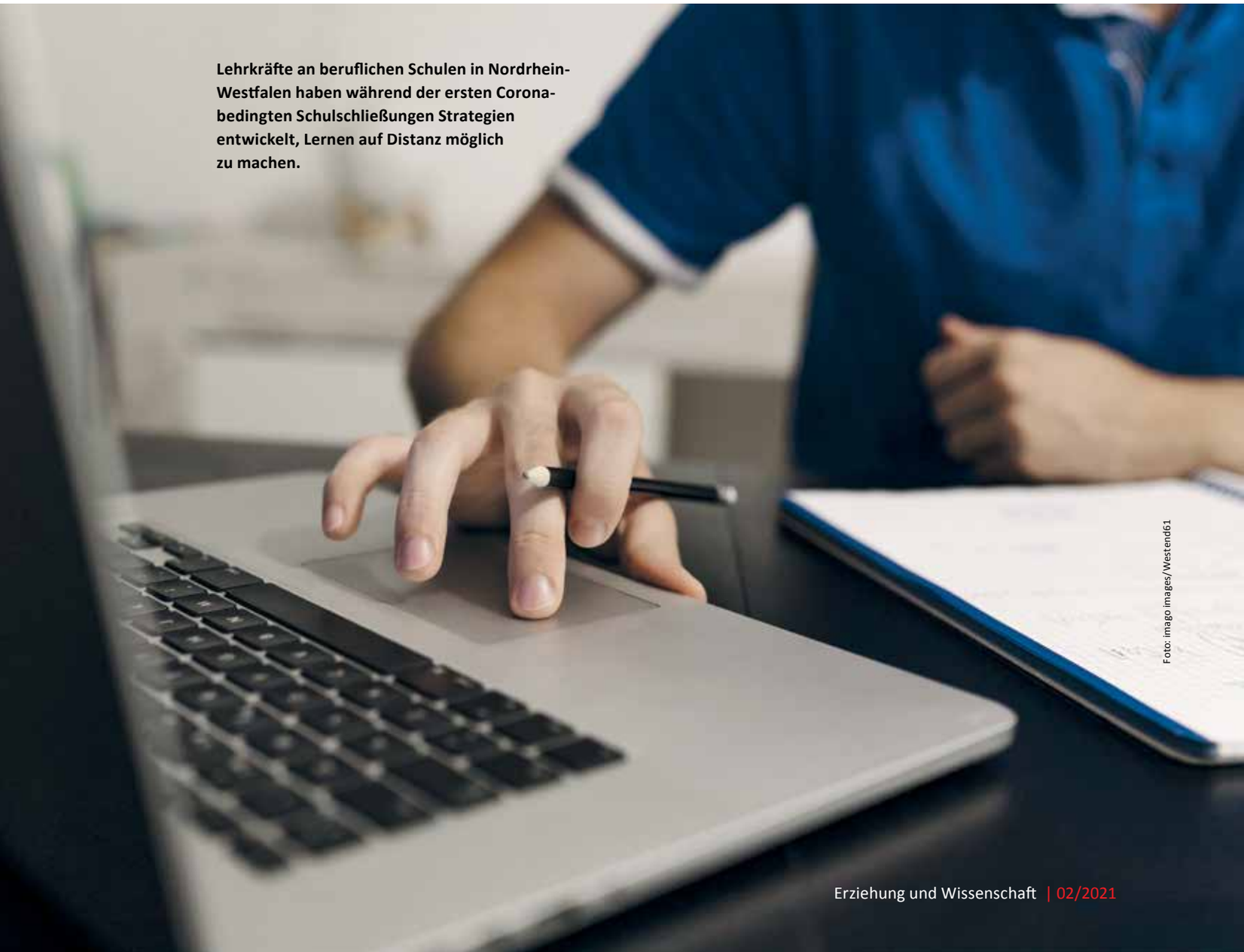
Wie auch, wenn man bedenkt, dass für jede Lehrkraft gerade mal 45 Euro im Jahr für Weiterbildung zur Verfügung stehen, wie die Recherche von Ratermann-Busse zeigt. Für den Support gibt es ebenfalls kein eigenes Personal, das macht das Bildungspersonal auch noch nebenbei. „Digitalisierung des Unterrichts braucht aber ein hohes Maß an Fortbildung und die gibt es bislang nicht. Notwendig ist ein gut strukturiertes Fortbildungssystem“, so die Forderung des IAQ.

Aber, und auch das zeigt die Studie der IAQ, bei aller Notwendigkeit für mehr und guten digitalen Unterricht auf Distanz: Schülerinnen, Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer sind froh, wenn sie wieder in die reale Welt der Berufskollegs eintauchen können. Schließlich kann man so am besten seine Freundinnen und Freunde treffen.

Klaus Heimann,
freier Journalist

***Philipp Hackstein, Monique Ratermann-Busse und Marina Ruth: Berufskollegs im Ruhrgebiet in Zeiten von Digitalisierung und Corona: Einflüsse auf Organisation und Bildungsarbeit, Universität Duisburg-Essen**

****Handreichung des Ministeriums für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen zur chancengerechten Verknüpfung von Präsenz- und Distanzunterricht im Berufskolleg: bit.ly/nrw-handreichung-berufskolleg-pdf**



Lehrkräfte an beruflichen Schulen in Nordrhein-Westfalen haben während der ersten Corona-bedingten Schulschließungen Strategien entwickelt, Lernen auf Distanz möglich zu machen.

Foto: imago images/Westend61

Anja Rosswinkel (re.) ist Regionalkoordinatorin in dem Projekt Family Guides, das in Berlin-Pankow mehr als 3.000 Menschen in elf Geflüchtetenunterkünften begleitet.

Foto: Andrej Zach

Keine Tablets für Geflüchtete

// Im zweiten Corona-Lockdown in Deutschland mussten die Schulen wieder auf Distanzunterricht umstellen. Zu den Gruppen, die besonders gefährdet sind, im Lernprozess abgehängt zu werden, zählen die Kinder und Jugendlichen in den Geflüchtetenunterkünften. Ein Gespräch mit Anja Rosswinkel vom Berliner Projekt Family Guides. //

E&W: Schon wenige Wochen nach der ersten Schulschließung im März kündigte der Berliner Senat an, sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler mit Tablets auszustatten, um ihnen eine Teilnahme am Distanzunterricht zu ermöglichen. Davon sollten auch Schülerinnen und Schüler in den Geflüchtetenunterkünften profitieren. Wie hat das funktioniert?

Anja Rosswinkel: Leider nicht gut: Nach allem, was wir wissen, hat noch niemand der rund 900 Schülerinnen und Schüler in den von uns betreuten Unterkünften ein Tablet bekommen. Sobald die lang ersehnten Geräte auftauchten, würden wir das erfahren. Es würde sich schnell herumsprechen, wenn plötzlich ein Schüler oder eine Schülerin am Tablet lernt.

E&W: Wie kann es sein, dass geflüchtete Schülerinnen und Schüler bisher außen vor blieben? Schließlich wurden bereits vor den Sommerferien 9.500, rund um die Weihnachtsferien noch einmal gut 20.000 Geräte verteilt.

Rosswinkel: Dem ersten Schwung, also den 9.500 Tablets, die Berlin aus Landesmitteln recht früh beschafft hat, habe ich regelrecht hinterhertelefoniert – und 40 Schulen angerufen, die Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsunterkünfte im Berliner Bezirk Pankow besuchen. Das Ergebnis war ernüchternd: Nur eine Schule hatte 80 bis 90 Geräte bekommen, alle anderen eher zehn bis 20. Damit war nur ein Bruchteil dessen angekommen, was beantragt worden war, ich schätze höchstens 10 Prozent. Dabei hatten die Schulen im Vorfeld lange Tabellen mit den Namen der Schülerinnen und Schüler gefüllt – damit die, die sie benötigen, dann persönliche Geräte bekommen.

E&W: Was war mit den Tablets geschehen?

Rosswinkel: Viele Schulen hatten sie nicht verteilt, weil sie sich vor eine schwierige Entscheidung gestellt sahen: Wenn 100 Kinder und Jugendliche ein Lerngerät benötigen, welchen zehn geben sie dann eins? Also wurden die Tablets hauptsächlich innerhalb der Schulen eingesetzt, im Unterricht oder in Lernbüros. Nun findet aber ja seit Mitte Dezember vergangenen Jahres erneut kein Präsenzbetrieb statt. Und eine Entscheidung, wem man die Geräte mitgibt und wem nicht, kann man im Grunde immer noch nicht fällen.

E&W: Allerdings sind mehr Geräte hinzugekommen, und es wird weitere geben: 50.000 sollen es werden.

Rosswinkel: Aber der Bedarf liegt bei Geräten für 150.000 Kinder und Jugendliche in Berlin, so viele sind im Besitz des an das Arbeitslosengeld II gekoppelten Berlin-Passes. Es bleiben also zu wenige Geräte für die Geflüchteten übrig. Meines Erachtens wäre es sinnvoller gewesen, die Schulen nach und nach auszustatten, das aber dann jeweils be-

darfsdeckend. Bei der Priorisierung der Schulen hätte der Anteil der geflüchteten Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden können, die meist in sogenannten Willkommensklassen unterrichtet werden, und mitten drin sind, die deutsche Sprache zu erlernen.

E&W: Wie wird in den Willkommensklassen aktuell gearbeitet?

Rosswinkel: Wir bekommen über die Family Guides mit, dass sich viele Lehrkräfte große Mühe geben und tun, was unter nicht-digitalen Bedingungen möglich ist: Sie kopieren Arbeitsblätter, stellen sie den Heimen zu und korrigieren dann die Aufgaben, die auf Papier erledigt wurden. Beim Spracherwerb hilft das wenig; für den ist es wichtig, zu sprechen. Wir hören, dass es vielen Schülerinnen und Schülern aus geflüchteten Familien schwerfällt, sich zu motivieren, weil ihnen die Rückkopplung fehlt. Ihre Eltern können ihnen in sprachlichen Fragen oft auch nicht helfen. Umso wichtiger wären ein digitaler Kontakt, Lernsoftware und spezielle Projekte für diese spezielle Gruppe.

E&W: Wie sind die räumlichen Lernbedingungen in den Unterkünften?

Rosswinkel: Nicht gut, auch wenn sich seit dem ersten Lockdown in mancher Hinsicht etwas verbessert hat. Damals gab es fast überall nur in den Aufenthaltsräumen WLAN – und die waren wegen Infektionsgefahr komplett gesperrt. Fernseher, auf denen die Familien die Bildungsprogramme hätten schauen können, die ja durchaus vielfach von den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern angeboten werden, gab es ebenfalls kaum. Beim WLAN hat das Landesamt für Flüchtlinge inzwischen nachgerüstet. Was bleibt, ist die Enge: Wir haben es mit Familien zu tun, die auf 20 bis 30 Quadratmetern zusammenleben – und, wie alle anderen auch, ohne triftigen Grund das Haus nicht verlassen dürfen.

E&W: Haben Sie einen Vorschlag, wo die Leute hin sollen?

Rosswinkel: Ja: Es wäre klasse, wenn die aktuell leerstehenden Hostels und Hotels genutzt werden könnten, zumindest für Lernräume oder ähnliches. Das würde die Situation in den Unterkünften entspannen.

Interview: Jeannette Goddar,
freie Journalistin

Das Projekt Family Guides wird von drei Berliner Trägern der freien Jugendhilfe organisiert: Stützrad gGmbH, Ostkreuz Jugendhilfe Nord gGmbH und LebensWelt gemeinnützige Gesellschaft für Förderung von Familie, Jugend, Arbeit und Gesundheit mbH: www.family-guides.de

Im Mittelmaß

// Deutschland bleibt in Mathematik und den Naturwissenschaften im internationalen Vergleich Mittelmaß, der Abstand zur Weltspitze ist groß. Seit 2007 gibt es keine Verbesserungen – auch nicht bei der Chancengleichheit. //

Deutsche Viertklässlerinnen und -klässler haben es bei der Studie „Trends in International Mathematics and Science Study“ (TIMSS) erneut nur ins Mittelfeld geschafft. Jedes vierte Kind (25,4 Prozent) verfügt sogar lediglich über elementares mathematisches Wissen, 27,6 Prozent haben nur rudimentäre oder niedrige naturwissenschaftliche Kompetenzen. „Das beunruhigt“, sagte der nationale Studienleiter und Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg, Knut Schwippert, bei der Vorstellung des internationalen Vergleichs im Dezember vergangenen Jahres in Berlin. In weiterführenden Schulen bekämen diese Kinder „erhebliche Schwierigkeiten“ mitzuhalten.

Herkunft und Bildungserfolg bleiben zudem weiter eng verknüpft: Die sogenannten sozial bedingten Leistungsdisparitäten sind in Deutschland seit dem Jahr 2007 unverändert. „Wir müssen für mehr Chancengerechtigkeit sorgen“, räumte die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) ein, die bis Ende 2020 Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) war.

Leistungen stagnieren

TIMSS testet alle vier Jahre am Ende der Grundschulzeit, wie gut Schülerinnen und Schüler in Mathematik sind und naturwissenschaftliche Zusammenhänge verstehen. Seit Beginn der Erhebungen stagnieren die Leistungen der Kinder in Deutschland im Mittelmaß.

In Mathematik erreichten die Grundschülerinnen und -schüler in der Bundesrepublik einen Kompetenzmittelwert von 521 Punkten (2015: 522, 2011: 528 und 2007: 525). Damit liegen sie zwar im Schnitt aller teilnehmenden Staaten, aber signifikant unter den Mittelwerten der Länder in der Europäischen Union (EU) und in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). In den Naturwissenschaften schafften die Kinder einen Mittelwert von 518 Punkten (2015: 528, 2011: 528 und 2007: 528); das bedeutet trotz des Einbruchs zwar ein vergleichbares Niveau zu den EU-Staaten, aber schlechtere Leistungen als in den OECD-Ländern.

Zudem erzielten nur 6 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Mathematik Ergebnisse auf der höchsten Kompetenzstufe, in den EU-Staaten waren es 9,4 Prozent und in der OECD 11,5 Prozent. In den Naturwissenschaften ist der Abstand nicht ganz so groß: In der Bundesrepublik erreichten 6,9 Prozent der Kinder das höchste Level, in den EU-Ländern 7,1 Prozent und in den OECD-Ländern 8,6 Prozent.

Auch Leistungsunterschiede zwischen Jungen und Mädchen bleiben in Mathematik weiter bestehen, in den Naturwissenschaften waren die Kompetenzwerte 2019 ähnlich – aber nicht, weil Mädchen aufholten, sondern weil sich Jungen verschlechterten.

Weiteres Ergebnis: Deutsche Grundschullehrkräfte nehmen zwar regelmäßig an Fortbildungen teil, allerdings weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen in Europa und vielen anderen Staaten in der Welt. Pädagoginnen und Pädagogen hierzulande entscheiden sich zudem eher für fachliche und didaktische Angebote als für Fortbildungen zum Einsatz digitaler Medien.

Hubig lobte ungeachtet der ernüchternden Analysen die „stabilen Leistungen“. „Das ist ein gutes Ergebnis, insbesondere vor dem Hintergrund einer heterogener werdenden Schülerschaft.“ Außerdem bescheinige die Studie vielen Kindern „positive Einstellungen“ zu

eingerichtet

Mathematik und Naturwissenschaften: „Das zeigt, welch gute Arbeit in den Grundschulen geleistet wird."

Der Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Christian Luft, betonte ebenfalls: „Die Rahmenbedingungen sind schwieriger geworden." Allerdings sei dies im Nachbarland Österreich ähnlich, gab er zu – „und die konnten sich verbessern".

Für die GEW machen die mittelmäßigen Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler in Deutschland auch die Folgen des massiven Lehrkräftemangels deutlich. „Gute Bildung für alle braucht genug Personal und Zeit für Fortbildung", sagte Schulexpertin Ilka Hoffmann. Dass fast ein Drittel der Grundschülerinnen und -schüler nur rudimentäre mathematische Kompetenzen hat, bedeute, dass diese Kinder auch in Fragen der Digitalisierung abgehängt würden. Alle Studien zum Nutzen digitaler Tools kämen zu dem Ergebnis, dass das Lernen mit diesen Medien nur gelinge, wenn solide Grundkenntnisse vorlägen.

„Grundbildung beginnt in der Grundschule. Hier wird die Basis für den weiteren Bildungserfolg gelegt", betonte das GEW-Vorstandsmitglied. „Leider hat die Politik die Grundschulen stets stiefmütterlich behandelt." Die Gewerkschaft fordert mehr Anstrengungen, die Grundschulen personell und materiell besser auszustatten. Auch sei die Unterrichtsverpflichtung gemessen an den wachsenden Aufgaben zu hoch. „Sie muss gesenkt werden, um Freiräume für die Schulentwicklung, die Kooperation der Lehrkräfte untereinander sowie für Fortbildungen zu schaffen."

Asiatische Länder vorn

Spitzenreiter der Studie sind fast ausnahmslos Länder aus Asien: Singapur, Hongkong, Südkorea, Taiwan, Japan und Russland. Die TIMSS-2019-Studie habe jedoch nicht analysiert, inwiefern der Unterricht in diesen Staaten als „Blaupause für Deutschland" dienen könne, sagte Studienleiter Schwippert. „Dafür müsste man stärker in die Schulen dort gehen und sich Prozesse anschauen."

Dennoch ist auch der deutschen Bildungspolitik klar: „Deutschland kann sich nicht ausruhen", so Hubig – auch, weil sich bestehende Leistungsunterschiede durch die Corona-Pandemie vermutlich weiter vergrößerten. „Neben der Förderung der leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler müssen wir uns aber auch um die Leistungsstarken kümmern." Staatssekretär Luft betonte: „Wir müssen verstärkt digitale Medien nutzen." Lehrkräfte müssten so aus- und fortgebildet werden, dass sie digitale Tools und Methoden zur Diagnostik und individuellen Förderung einsetzen können.

An TIMSS 2019 nahmen 58 Staaten mit rund 300.000 Schülerinnen und Schülern teil. In Deutschland wurden 4.900 Kinder aus 203 Schulen in die Untersuchung einbezogen.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

www.timss2019.uni-hamburg.de

Foto: mauritius images/Pitopia/André Bonn

Hausgemachter Fachkräftemangel

// 2020 gab es deutlich weniger als 500.000 neue Ausbildungsverträge im dualen System – nicht nur eine Folge der Pandemie. Die Corona-Krise macht jahrelange Reformversäumnisse deutlich. //

Seit Jahren liegen die vielen Probleme in der beruflichen Bildung auf dem Tisch: gestiegene Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt, technologischer Wandel und der Trend zur Digitalisierung. Die Folge: gewachsene Ansprüche der Betriebe an die schulische Vorbildung ihrer Auszubildenden – während es gleichzeitig den Kultusministerinnen und -ministern in den vergangenen zwei Jahrzehnten auch nicht ansatzweise gelungen ist, die Zahl der sogenannten Risikoschüler in den Kernkompetenzen Lesen/Textverständnis und Mathematik deutlich zu reduzieren. Zugleich ziehen sich seit Jahren kleine und mittlere Betriebe aus der Ausbildung zurück. Von den 2,2 Millionen Unternehmen in Deutschland bilden nur noch 427.000 aus.

Längst sind es nicht mehr allein Förderschülerinnen und -schüler, Schulabbrecherinnen und -abbrecher oder Jugendliche, die nur über den Hauptschulabschluss verfügen, die erhebliche Probleme bei der Ausbildungsplatzsuche haben. Seit Jahren werden in der Berufsbildungsstatistik zum gesetzlichen Stichtag 30. September regelmäßig gut 70.000 bis 80.000 Bewerberinnen und Bewerber als „unversorgt“ registriert – darunter auch viele mit mittlerem Schulabschluss oder einer Studienberechtigung. Zugenommen haben zudem auch die regionalen Passprobleme zwischen Angebot und Nachfrage. Während in Bayern 2020 rechnerisch auf 100 Suchende 110,4 Angebote kamen, waren es in Berlin nur 84,4. Bundesweit betrug die Angebots-Nachfrage-Relation diesmal 96,6 Stellen je 100 Bewerberinnen und Bewerber. Politisch längst vergessen ist die Botschaft des Bundesverfassungsgerichtes von Anfang der 1980er-Jahre, nach der vor dem Hintergrund des Grundgesetzartikels 12 auf freie Wahl von Beruf und Ausbildung erst dann von einer ausgewogenen Angebots-Nachfrage-Relation gesprochen werden kann, wenn für 100 Bewerber mindestens 112,5 offene Stellen zur Verfügung stehen – ein Zustand, der in den vergangenen vier Jahrzehnten nur ein einziges Mal erreicht wurde.

Nachteil Hauptschulabschluss

78.200 junge Menschen gingen diesmal bei der Ausbildungsplatzsuche leer aus, das war jeder siebte Bewerber. Im Vorjahr waren es 73.700 – Zahlen, die in den Wirtschaftsnachrichten nur selten eine Rolle spielen. Groß herausgestellt wird dagegen Jahr für Jahr die Zahl der nicht besetzten Ausbildungsplätze. Diesmal waren es knapp 60.000.

Industrie, Handel, Handwerk, Versicherungen, Landwirtschaft und freie Berufe schlossen im vergangenen Jahr insgesamt 467.500 neue Ausbildungsverträge ab. Im Jahr davor waren es noch 525.000. Das entspricht einem Minus von 11 Prozent. Ein Großteil des Rückgangs, rund 47.000 Verträge, so schätzt das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in seiner jüngsten Analyse, sei den Folgen der Pandemie geschuldet, unter anderem wegen ausgefallener Ausbildungsmessen, abgebrochener oder abgesagter Einstiegspraktika.

Schaut man in die Tabelle der immer noch unbesetzten Lehrstellen, so stehen Berufe wie Fleischer, Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk, Fachkraft für Kurier- und Paketdienstleistungen oder Ausbildungsstellen im Restaurant- und Hotelgewerbe auch diesmal ganz obenan. Es sind zum Teil genau die Berufe, die Jahr für Jahr auch die Negativ-Hitlisten des DGB-Ausbildungsreports anführen – wegen schlechter Bezahlung, vieler Überstunden, Verstößen gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz, geringer Aufstiegschancen und wenigen Weiterbildungsangeboten.

Jugendliche, die lediglich einen Hauptschulabschluss besitzen, haben nicht erst seit Corona besondere Probleme bei der Lehrstellensuche. Das BIBB analysiert zwar, dass etwa 60 Prozent der knapp 60.000 derzeit noch unbesetzten Ausbildungsstellen formal offen für Schulabgängerinnen und -abgänger mit Hauptschulabschluss sind, ein aktueller Blick in die Lehrstellenbörse des Deutschen Industrie- und Handelskammertages zeigt aber, dass dies faktisch nur für knapp 40 Prozent der dort ausgewiesenen freien Plätze gilt.

Denn Hauptschülerinnen und -schüler werden im Wettbewerb mit höher qualifizierten jungen Menschen viele Plätze nicht bekommen. Laut dem im Sommer vergangenen Jahres von Bund und Ländern vorgelegten Nationalen Bildungsbericht für Deutschland gelingt nur 34 Prozent der Jugendlichen mit maximal einfachem Hauptschulabschluss der schnelle Übergang in eine duale oder vollzeitschulische Ausbildung. Weitere 15 Prozent schaffen zudem über den Besuch einer Maßnahme im Übergangssystem später den Sprung in eine betriebliche Ausbildung. „Die Hälfte ist dagegen in fragmentierten oder durch mehrere Berufsvorbereitungsmaßnahmen geprägten Übergangsmustern“, schreiben die Autorinnen und Autoren in ihrem Bericht.

Hier zeigen sich die Folgen des jahrzehntelangen Festhaltens von CDU- und CSU-Bildungspolitikern an der Hauptschule als angeblich allein selig machender Schulform. Den allgemeinen Trend zur Höherqualifizierung im Arbeitsleben und die Teil-Akademisierung verschiedener Berufsbereiche wollte man über Jahrzehnte hinweg nicht wahrhaben.

Nun gibt es wirklich ausgezeichnete Berufsausbildungen im dualen System, etwa im Metall- und Elektrobereich,

aber auch im Handwerk. Meist klappt es dort besonders gut, wo starke Sozialpartner gemeinsam Interesse an einer hochwertigen Ausbildung haben oder Meister oder Meisterin sich noch im klassischen Sinne um die Qualifikation des Nachwuchses kümmern. Aber es gibt nach wie vor auch Ausbildungsberufe mit hohen Abbruchzahlen und geringen Übernahmequoten nach erfolgreicher Abschlussprüfung.

Hohe Abbruchzahlen

Die Neuordnung von Ausbildungsberufen wie auch die qualitative Überarbeitung von Ausbildungsordnungen ist jedes Mal ein schwieriges Unterfangen – wie insgesamt das Anstoßen und Durchsetzen genereller Reformen im dualen System. Allein auf Bundesebene müssen sich drei Ministerien absprechen: Bildung, Arbeit und Wirtschaft. Dann kommen die Kammern und die Gewerkschaften. Zudem versuchen Berufs-Lobbygruppen, Einfluss zu nehmen. Und letztlich müssen auch noch die Länder über die Kultusministerkonferenz wegen ihrer Zuständigkeit für die beruflichen Schulen mit ins Boot geholt werden.

Dennoch: Das Gesamtsystem der beruflichen Ausbildung in Deutschland entwickelt sich. Neben dem klassischen dualen System gewinnt die schulische Berufsausbildung im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen (nach Bundes- wie Landesrecht) immer mehr an Bedeutung. Allein 2019 gab es hier gut 186.000 neue Auszubildende, über 7.000 mehr als im Vorjahr. 2005 waren es erst knapp 143.000. Aktuelle Daten für 2020 werden im April vorliegen. Zudem gibt es immer mehr duale Studienangebote, die eine Verknüpfung von betrieblicher Ausbildung und Studium bieten – „ein Umstand, der in der Bildungspolitik viel zu wenig gewürdigt wird“, sagt Ansgar Klinger, GEW-Vorstandsmitglied für Berufliche Bildung. „Der wachsende Bedarf an Fachkräften in der Kindererziehung wie auch in der Pflege erfordert mehr staatliches Engagement.“ Klinger kritisiert, dass die Erzieherinnen- und Erzieher-Ausbildung trotz des Fachkräftemangels nach wie vor nicht sozialversicherungspflichtig abgesichert sei.

Mit Blick auf das duale System hatten die Autorinnen und Autoren des Nationalen Bildungsberichtes der Wirtschaft bereits 2014 vorgehalten, dass der von ihr so heftig beklagte Fachkräftemangel hausgemacht sei. Denn ausgerechnet in den heute händeringend nach Fachkräften suchenden Berufen haben sie über Jahre hinweg zu wenig ausgebildet. Klinger: „Geschehen ist aber seitdem nicht viel. Ausgerechnet in den vergangenen Boom-Jahren haben es viele Betriebe versäumt, für ausreichend Nachwuchs zu sorgen.“

Nach wie vor haben in Deutschland mehr als 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 25 und 34 Jahren keinen Berufsabschluss und befinden sich auch nicht in Fortbildung. Um weiteres Anwachsen zu verhindern, verlangt die GEW zusammen mit dem DGB eine „Ausbildungsgarantie“ – ähnlich wie sie Österreich eingeführt hat. „Die Allianz für Aus- und Weiterbildung muss hier endlich Fortschritte erzielen“, fordert Klinger.

Karl-Heinz Reith,
freier Journalist

www.bibb.de

Foto: imago images/imagebroker

Die Bedeutung der schulischen Berufsausbildung ist in den vergangenen Jahren vor allem im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen gewachsen.

Deutsch bleibt dominant

// In Deutschland wächst mittlerweile der Großteil der Kinder und Jugendlichen ohne Deutsch als Erstsprache auf. Sind die Bildungseinrichtungen auf diese Herausforderung vorbereitet? Der Forschungsschwerpunkt Sprachliche Bildung und Mehrsprachigkeit hat Antworten auf diese und andere Fragen gesucht. E&W sprach mit Prof. Ingrid Gogolin, die die Koordinierungsstelle KoMBi des Forschungsschwerpunkts leitete. //

E&W: Sieben Jahre lang – von 2013 bis 2020 – wurden in dem Forschungsschwerpunkt „Sprachliche Bildung und Mehrsprachigkeit" die verschiedenen Aspekte der Bildung im Kontext von Mehrsprachigkeit erforscht. Wie lauten die wichtigsten Ergebnisse?

Prof. Ingrid Gogolin: Ein wichtiges Ergebnis ist, dass Mehrsprachigkeit in unseren Bildungseinrichtungen zum Alltag gehört und dass selbst Kinder der dritten Einwanderergeneration, die mehrsprachig aufwachsen, die Sprache ihrer Eltern oder Großeltern noch nutzen – selbst dann, wenn sie diese Sprache nicht mehr oder kaum noch im außerfamiliären Alltag sprechen.

E&W: Wie sicher sind diese Kinder und Jugendlichen in der Sprache ihrer Eltern oder Großeltern?

Gogolin: Das ist ganz unterschiedlich. Viele können sich in der Herkunftssprache unterhalten, andere verstehen sie nur, wiederum andere sind im umfassenderen Sinne bilingual, können sie also sprechen, verstehen und schreiben.

E&W: Welchen Einfluss hat das auf die Sprachentwicklung der Kinder und Jugendlichen?

Gogolin: Ein Beispiel: Wenn Kinder gelernt haben, in verschiedenen Sprachen zu hören, dann hören sie ein anderes, vielfältigeres Spektrum an Lauten und Melodien als Mädchen und Jungen, die einsprachig aufwachsen. Das wirkt sich beispielsweise auf das Erlernen der Schriftsprache aus. Diese erfolgt ja in weiten Teilen über das Hören. Wenn mehrsprachig aufwachsende Kinder Wörter aber anders hören als das aufgrund der Referenzsprache Deutsch zu erwarten ist, dann ist dieser Lernprozess ein anderer. Der Prozess ist nicht schwieriger, aber anders.

E&W: Gehen Kita und Schule in Deutschland auf diese Unterschiedlichkeit entsprechend ein?

Gogolin: Im Einzelfall ja, aber insgesamt kaum. Das ist eindeutig eine Schwachstelle in unserem Bildungssystem.

E&W: Ist das Aufwachsen mit Mehrsprachigkeit deshalb ein Risiko für den Bildungserfolg, wie das Vergleichsstudien wie PISA nahelegen?

Gogolin: Nein, dafür fehlen auch in PISA die Belege. Dass Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien, in denen die Herkunftssprache gesprochen wird, schlechtere Bildungsleistungen erzielen, kann ganz andere Gründe haben. Die Mehrsprachigkeit ist hier unter Umständen nur ein Indikator, etwa für geringe Integration oder sozialen Ausschluss. Die Familien, die zu Hause die Sprache pflegen, die sie am besten beherrschen, helfen damit auch den Bildungskarrieren ihrer Kinder am besten. Das funk-

Prof. Ingrid Gogolin lehrt an der Universität Hamburg interkulturelle und international vergleichende Erziehungswissenschaften.

Foto: Markus Scholz

Foto: mauritius images/Marek Uliasz/Alamy

Kinder, die mehrsprachig aufwachsen, lernen die Sprache, die in der Mehrheitsgesellschaft gesprochen wird, anders als Mädchen und Jungen, die monolingual sozialisiert sind. Kitas und Schulen in Deutschland gehen auf diese Unterschiedlichkeit aber immer noch nur unzureichend ein.

tioniert auch in eher bildungsarmen Familien, wie zum Beispiel Studien aus den Niederlanden gezeigt haben.

E&W: Welchen Vorteil hat das Eingehen auf die Mehrsprachigkeit in den Bildungseinrichtungen für mehrsprachig aufwachsende Kinder und Jugendliche?

Gogolin: Einen sehr großen. In unserem Forschungsverbund hat beispielsweise eine Studie den Mathematik-Unterricht in der Sekundarstufe untersucht. Hier wurden mehrsprachig aufwachsende Jugendliche mit mathematischen Konzepten sowohl in Deutsch als auch in ihrer Herkunftssprache bzw. in der Herkunftssprache ihrer Eltern oder Großeltern bekanntgemacht. Es zeigte sich, dass dies positive Auswirkungen auf den mathematischen Lernerfolg hat. Eine andere Studie kam zu dem Schluss, dass sich das Erarbeiten von Lerninhalten in beiden Sprachen in naturwissenschaftlichen Fächern günstig auf die Produktion von fachsprachlichen Texten auswirkt.

E&W: Wurde im Rahmen des Forschungsverbunds auch untersucht, welche Auswirkungen die Mehrsprachigkeit in den Bildungseinrichtungen auf alle Kinder und Jugendlichen hat, also nicht nur auf jene, die mehrsprachig aufwachsen?

Gogolin: Ja, es wurde zum Beispiel festgestellt, dass sich Mehrsprachigkeit generell positiv auf das Klassenklima und die Lernfortschritte auswirkt. Untersucht wurde in dem betreffenden Projekt der Deutsch-Unterricht an einer Grundschule. Wichtig ist allerdings, dass die Mehrsprachigkeit nicht nur als etwas Außergewöhnliches betrachtet wird, das beispielsweise nur bei Projekttagen oder Schulfesten eine Rolle spielt, sondern Teil des alltäglichen Lernkonzeptes ist. In dem von uns untersuchten wurden beispielsweise in bestimmten Phasen des Unterrichts die Sprachen, die die Kinder von zu Hause aus mitbringen, integriert.

E&W: Mehrsprachig wachsen genau genommen nicht nur jene Kinder auf, die ein Elternteil haben, dessen Herkunftssprache nicht Deutsch ist. Schülerinnen und Schüler in Deutschland lernen heute mindestens eine Fremdsprache. Meist ist das Englisch, das durch die Populärkultur Eingang in die Alltagssprache vieler Jugendlicher gefunden hat. Wurde auch das im Rahmen des Forschungsschwerpunkts untersucht, und wenn ja, wie lauten die Ergebnisse?

Gogolin: Ja, auch das war Gegenstand der Forschung. Wir haben in dem Projekt eine Definition von Mehrsprachigkeit zugrunde gelegt, die über die Dichotomie Deutsch-Fremdsprache hinausgeht. Unter Mehrsprachigkeit fassen wir auch das Vorhandensein verschiedener Varietäten der deutschen Sprache, also Dialekte, Jargons oder sogenannte Ethnolekte, die durch den Einfluss von Migranten entstanden sind, bis hin zu den Einflüssen von Fremdsprachen, etwa des Englischen. In Deutschland gibt es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine Kinder und Jugendlichen, die einsprachig aufwachsen bzw. deren Alltag von Einsprachigkeit geprägt ist.

E&W: Tritt bei Kindern aus Einwandererfamilien die Herkunftssprache irgendwann hinter die „lingua franca“, die englische Sprache, zurück?

Gogolin: Nein. Eine Studie, an der rund 2.000 Schülerinnen und Schüler von Klasse 7 bis 11 teilnahmen, legt einen anderen Schluss nahe. Bei allen Kindern und Jugendlichen war Deutsch sowohl im Lesen als auch im Schreiben die dominante Sprache. Bei Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Herkunftssprache lesen und schreiben können, steht diese an zweiter Stelle, die drittbeste Sprache war Englisch. Das ist deshalb interessant, weil an den meisten Schulen die Herkunftssprache der Migranten offiziell nicht gelehrt wird. Das heißt, diese Kinder und Jugendlichen lernen die Sprache ihrer Eltern oder Großeltern abseits der Schule, etwa im familiären Umfeld. Aus der Dominanz des Deutschen folgt aber auch, dass das Deutsche, anders als manche Politikerinnen und Politiker meinen, nicht gefährdet ist, wenn Kinder aus Migrantenfamilien ihre Herkunftssprache beibehalten.

Interview: Jürgen Amendt,
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat den Forschungsschwerpunkt „Sprachliche Bildung und Mehrsprachigkeit“ von 2013 bis 2020 gefördert. Zum Schwerpunkt gehörten an 21 Universitäten in Deutschland angesiedelte Forschungsprojekte sowie eine Koordinierungsstelle (Koordinierungsstelle Mehrsprachigkeit und sprachliche Bildung, KoMBi).
www.mehrsprachigkeit.uni-hamburg.de jam

„Verhärtung und Frontenbildung“

// In den 1970er-Jahren verloren aufgrund des Radikalenerlasses von ´72 viele Lehrkräfte und andere im Bildungssektor Beschäftigte ihre Anstellung (s. E&W 5/2012). Die DGB-Gewerkschaften folgten dieser politischen Vorgabe mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen und schlossen Mitglieder aus bzw. lehnten Aufnahmeanträge ab. Welche Folgen dies für die Betroffenen hatte, hat die Historikerin Alexandra Jaeger am Beispiel der GEW Hamburg untersucht. //

Foto: Maike Raap

Alexandra Jaeger

E&W: Frau Jaeger, wir erleben heute eine starke Polarisierung der Gesellschaft, auch der Begriff „Berufsverbot“ taucht in Debatten wieder auf. Nehmen Sie uns mal mit in die Siebzigerjahre – wie waren damals die Streitlinien?

Alexandra Jaeger: Natürlich gibt es Überschneidungen zu aktuellen Debatten, aber es herrschte doch eine historisch spezifische Konfiguration. Der Kalte Krieg spielte eine Rolle, dazu kam ab 1967 die Studierendenbewegung im Westen, in deren Folge junge Menschen sich linken und linksradikalen Gruppen wie der DKP, die von der DDR finanziert wurde, und maoistischen K-Gruppen zuwandten. Sprich, es gab in den 1970er-Jahren vielfältige Umbrüche, Debatten über Liberalisierung und die Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Die SPD-FDP-Regierung unter Kanzler Willy Brandt wollte „mehr Demokratie wagen“, das führte zu Debatten auch um eine Demokratisierung und Erneuerung im Bildungssystem.

E&W: Wen trafen die Berufsverbote?

Jaeger: Menschen an Hochschulen, die sich der DKP und K-Gruppen angeschlossen hatten. Brandt und die Ministerpräsidenten der Länder sandten mit dem Beschluss von 1972 ein Signal an diese Menschen, dass sie nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt werden. Da viele von ihnen eine Karriere im Bildungsbereich wie Schule oder Sozialarbeit anstrebten, konnte das das Ende des geplanten Berufswegs bedeuten. Formal wandte sich das Verbot gegen Rechts und Links, aber es war klar, dass es den Marsch der Linken durch die Institutionen verhindern sollte.

E&W: Die GEW Hamburg hat als erster Landesverband Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefasst und Menschen ausgeschlossen oder gar nicht erst aufgenommen, die bestimmten Gruppen angehörten. Warum gerade Hamburg?

Jaeger: Insgesamt gab es in der GEW ähnliche Konflikte wie im Rest der Gesellschaft, allein durch die Jüngeren, die vor allem an Uni-Standorten in die Gewerkschaft eintraten. Diese Konflikte spitzten sich seit Anfang der 1970er-Jahre zu. Zudem wuchs durch den Radikalenerlass der Druck auf die GEW, sich als verfassungstreu zu präsentieren. In Hamburg war der Auslöser der Streit um zwei Referendarsprecher, die wegen eines Flugblatts vom Schuldienst suspendiert worden waren, in dem sie Regierungspolitiker als „volksfeindlich“ tituliert hatten. Der Vorstand schloss sie wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens aus, doch die Vertrauensleuteversammlung nahm diese Entscheidung mit knapper Mehrheit zurück. Deshalb ging der Vorstand das Thema grundsätzlicher an und beschloss die Unvereinbarkeit mit mehreren K-Gruppen.

E&W: In der Satzung der GEW Hamburg stand, dass die Aufnahme ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit erfolgt. Das ist ein Widerspruch.

Jaeger: Tatsächlich hatte es in Hamburg lange den Anspruch gegeben, Menschen nicht allein wegen Parteimitgliedschaften auszuschließen. Gerade Jüngere waren gegen die Beschlüsse, aber der GEW-Vorstand wurde unter Druck gesetzt, teils von außen, teils von älteren Mitgliedern, die eine Abgrenzung von den jungen Kommunistinnen und Kommunisten wollten. Bei der entscheidenden Mitgliederversammlung im April 1974 erhielt der Vorstand, wenn auch knapp, eine Mehrheit für den Unvereinbarkeitsbeschluss. Der DGB hatte bereits im Herbst 1973 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Ausgehend von Hamburg setzte sich die Praxis auch in der GEW durch. In der Bundessatzung forderte die GEW von ihren Neumitgliedern ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Ein Gewerkschaftstag beschloss, dass diese Bundessatzung in allen Landesverbänden verbindlich wurde.

1972 sollte mit dem sogenannten „Radikalenerlass“ sichergestellt werden, dass keine „Verfassungsfeinde“ im öffentlichen Dienst arbeiten. Betroffen waren überwiegend Linke. Besonders Lehrerinnen und Lehrer wurden mit einem Berufsverbot belegt.

E&W: Kommunist oder Radikaler – wie umstürzlerisch waren die Positionen dieser so bezeichneten GEW-Mitglieder tatsächlich?

Jaeger: Die Gruppen selbst waren mindestens verbal radikal und riefen zum Teil zum Staatsumsturz oder zur „Volksbewaffnung“ auf. Die Zeit war geprägt von der Suche nach Alternativen und Utopien. Viele Menschen traten einer Gruppe bei und blieben ein, zwei Jahre, wobei schwer zu sagen ist, wie sehr sie sich mit den Zielen und Inhalten identifizierten. Der Begriff „Radikale“ war zudem unscharf. Außerhalb der GEW waren etwa auch DKP-Mitglieder von Berufsverboten betroffen, innerhalb der GEW trafen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nur Mitglieder von K-Gruppen.

E&W: War es für überzeugte Kommunistinnen und Kommunisten denn überhaupt schlimm, aus der damals als spießig und staatstragend geltenden Gewerkschaft geworfen zu werden?

Jaeger: Wer sich als Berufsrevolutionär empfunden hat, für den war es vielleicht kein großer Einschnitt, aber es gab auch jene, für die es hart war. Eine Betroffene war alleinerziehend und konnte wegen des Radikalenerlasses den Beruf als Lehrerin nicht ausüben. Die GEW versagte ihr den Rechtsschutz. In einem anderen Fall hatte sich der Betreffende von der Gruppe bereits getrennt, er wurde als Lehrer eingestellt, aber die Gewerkschaft wollte ihn trotzdem ausschließen. Das Verfahren hatte zudem eine Eigendynamik entwickelt – mit Folgen, die die Handelnden nicht vorhergesehen hatten. So wurden auch Menschen ausgeschlossen, die nur auf einer Liste für ein Studierendenparlament kandidiert hatten. Als gewerkschaftsschädigend galt es bereits, wenn eine GEW-Gliederung ein ausgeschlossenes Mitglied von einer GEW-Veranstaltung nicht ausschloss. Es entstand ein Klima des Misstrauens, eine Verhärtung und Frontenbildung. Gegen diese Stimmung wehrten sich viele jüngere Mitglieder, auch wenn sie K-Gruppen kritisch sahen. Sie wollten den Konflikt politisch und nicht administrativ lösen.

E&W: Sie hatten Kontakt zu Zeitzeugen. Einer beschreibt seinen Ausschluss als Fallbeil und war menschlich enttäuscht von handelnden Personen, etwa dem Hamburger Vorsitzenden Dieter Wunder. Haben die Betroffenen ihren Frieden mit der GEW gemacht?

Jaeger: Der genannte Betroffene war besonders enttäuscht, weil Wunder sein Lehrer gewesen war, den er als links und engagiert erlebt hatte. Er sieht heute aber auch den Druck, dem Wunder als Landesvorsitzender ausgesetzt war. Es gibt einige, für die der Ausschluss heute keine Rolle mehr spielt, für andere durchaus. Die GEW Hamburg hat nun Entschuldigungsschreiben verschickt und bietet den damals Ausgeschlossenen eine „Anerkennungspauschale“ sowie eine kostenfreie Mitgliedschaft an, das war für einige als Symbol sehr wichtig.

Interview: Esther Geißlinger,
freie Journalistin

Alexandra Jaeger: Abgrenzungen und Ausschlüsse. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW Hamburg in den 1970er-Jahren, Beltz Juventa, 19,95 Euro

Foto: picture alliance/Klaus Rose

Abstruse Thesen

(E&W 11/2020, Leserforum Seite 46: „Technokratische Sichtweise“)

Die E&W-Redaktion verschafft einem Leserbriefschreiber, der so gut wie keine medizinischen Kenntnisse, dafür aber absurde Vorstellungen hat, eine kostenlose Möglichkeit, um seine abstrusen Thesen zu verbreiten. Er hat keine Ahnung vom Corona-Virus, er ist gegen Abstand halten (mehr aufeinander zu!!) und äußert sich höchst abfällig über die Entwicklung eines Impfstoffs (Technokratie!!), dem einzigen Lichtblick in der gegenwärtig schlimmen Situation.

Rainer May, Fischerbach

Kein „Weiter so“

(E&W 12/2020, Seite 24: „Land der Stifter und Schenker“)

Es ist soweit: Der Bauernverband, die Chemie-Industrie und die Agrarkonzerne indoktrinieren unsere Kinder bzw. die Schüler. Der Verein „Information.Medien.Agrar“ (i.m.a.) wirbt mit einer Fülle von „Unterrichtsmaterial“ bei Kindern und Jugendlichen für Tierausbeutung, Umweltzerstörung und ein „Weiter So“ in der konventionellen Landwirtschaft. Das können wir so nicht stehen lassen! Auch die Lehrergewerkschaften sind nun neben den Umweltverbänden gefordert!

Jürgen Kruse, Legden

Beispiel für Rassismus

(E&W 12/2020, Seite 28 f.: „Schwarzer Tag für die Bildung“)

Ich schreibe normalerweise keine Leserbriefe, aber dies ist echt krass: Der Titel der jüngsten Ausgabe der E&W heißt „Diskriminierungskritische Bildungsarbeit“ und ein paar Seiten nach den Schwerpunkt-Artikeln erscheint die Überschrift eines Artikels über die neue Ländervereinbarung: „Schwarzer Tag für die Bildung“. Da hat jemand wohl etwas nicht verstanden! Schwarz wird hier mit schlecht gleichgesetzt – das geht gar nicht, schon gar nicht in einer GEW-Publikation und dann hinter diesen Artikeln! Ich hoffe, dass dieser Rassismus noch mehr Leuten sauer aufgestoßen ist und dass Sie das irgendwie geraderücken.

Mareike Nikolaus, Lüneburg

Schwarzer Humor?

Nach der Lektüre einiger gelungener Beiträge zum Thema Diskriminierung/Rassismus in E&W 12/2020 fühlte ich mich von der Überschrift auf Seite 28 vor den Kopf gestoßen: „Schwarzer Tag für die Bildung“. Soll das etwa „schwarzer Humor“ sein? Vermutlich eher ein unfreiwilliges Beispiel dafür, wie sehr man aufpassen muss, wenn man es ernst meint mit diskriminierungsfreier Sprache. Denn dass das Adjektiv „schwarz“ automatisch mit Negativem assoziiert wird, wie in „Schwarzarbeit“, „Schwarzmarkt“, „Schwarzer Peter“ etc., ist natürlich auch auf gesellschaftlich etablierte rassistische Stereotype zurückzuführen. Nicht allein vom Autor, sondern vor allem von der Redaktion möchte man, gerade in so einer Ausgabe, mehr Sensibilität erwarten. (Und vielleicht auch von der GEW-Vorsitzenden, auf deren Original-Zitat sich die Überschrift bezieht.)

Volker Barsch, Köln

Von der GEW enttäuscht

Bezugnehmend auf den Beitrag von Karl-Heinz Reith „Schwarzer Tag für die Bildung“ muss ich der dort zitierten Position der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe entschieden widersprechen. Die von der Kultusministerkonferenz (KMK) beabsichtigten Schritte zur Zentralisierung des Abiturs sind keineswegs eine „Rolle rückwärts“, sondern insbesondere auch im Interesse der Schülerinnen und Schüler längst überfällig. Weder die Befähigung zum selbstständigen Lernen noch die anzustrebende Studierfähigkeit nehmen durch einheitliche Regelungen Schaden. Insofern hätte ich von der GEW-Vorsitzenden eine gänzlich andere Position erwartet.

Ines Frohl, Brandenburg

Nicht korrekt

(E&W 12/2020, Seite 28 f.: „Schwarzer Tag für die Bildung“, sowie Seite 34 f.: „Lernen ist in jedem Kind verankert“)

In der E&W vom Dezember 2020 wird auf Seite 29 behauptet, die Oberstufenreform wird „… weiter geschliffen.“ Der Sachverhalt mag stimmen, mit der korrekten Darstellungsweise hapert es aber. Hier sind keine Messer in Sicht, die geschliffen, doch möglicherweise gewetzt werden.

Und auf Seite 34 (unten) muss es heißen: „… und kaum Kinder, die zur selben (nicht „gleichen“) Zeit das Gleiche tun.“

Wolf Wargenau, Lüneburg

Anm. d. Red.: Der Leserbriefschreiber Wolf Wargenau hat recht mit seiner Kritik. Die Oberstufenreform zu schleifen, ist eine Metapher. Wenn eine Burg oder Befestigungsanlage abgerissen wurde, sprach man davon, diese zu schleifen. Das Schleifen erfolgt durch Abtragen, Einebnen, Sprengen oder Niederreißen. Spricht man vom „selben“ ist immer eine ganz bestimmte Sache gemeint, „gleiche“ dagegen meint Dinge oder Ereignisse, die in mehrfacher Ausführung vorhanden sind. Zwei Menschen, die am 1. Dezember 1969 geboren wurden, haben dementsprechend am selben, nicht am gleichen Tag Geburtstag, bei der gemeinsamen Geburtstagsfeier haben sie die gleiche, nicht die selbe Hose an.

Schulen offen halten

(E&W 12/2020, Seite 30 f.: „Bildung im Zeichen der Pandemie“)

Es war zu befürchten, dass die wachsende Zahl der Corona-Infektionen in der Bevölkerung sich auch irgendwann in den Schulen zeigt. Es ist offensichtlich, dass in den Wochen seit Schließung der Schulen zu wenig unternommen worden ist, um sicherzustellen, dass der Präsenzunterricht an Schulen mithilfe geeigneter Infektionsschutzmaßnahmen zur Kontaktreduktion auch weiterhin stattfinden kann. Zudem wäre auch genug Zeit gewesen, ländereinheitliche Regeln für einen Wechsel zwischen Präsenz- und Distanzunterricht in weiterführenden Schulen zu entwickeln, die ab einem bestimmten Sieben-Tage-Inzidenzwert angewendet werden könnten. Unerträglich ist aber auch, dass die ohnehin schon schwierige Aufgabe, einen Präsenzunterricht unter Corona-Bedingungen aufrechtzuerhalten, durch tägliches Gegeneinander in der öffentlichen Debatte erschwert wird. So halten Lehrerverband und Lehrergewerkschaft die Schulöffnungen für riskant oder für eine Illusion. Sie plädieren für den wö-

chentlichen Wechselunterricht, weil sie fürchten, dass das Infektionsgeschehen an den Schulen außer Kontrolle gerät. Im Grunde wissen sie ganz genau, dass ein Wechselmodell ebenso ungerecht ist wie die Verlegung des Unterrichts in den digitalen Fernunterricht. Kinder aus privilegierten Elternhäusern werden darunter nicht leiden. Die sozial benachteiligten Kinder jedoch kommen beim Distanzunterricht zu kurz oder werden schlicht vergessen. Sie können sich beim Lernen schlecht motivieren und brauchen Instruktion, Feedback und individuelle Begleitung durch den Lehrer. Der provisorische Onlineunterricht bedeutet immer auch deutlich weniger Lernstoff und enorme Defizite bei der Wissensaufnahme. Wenn es dem Lehrerverband und der Lehrergewerkschaft in Pandemiezeiten wirklich um die Bildungsqualität und die Zukunftschancen der Schüler ginge, dann müssten sie jetzt gemeinsam mit den Schulen und Bildungspolitikern konstruktiv an der Aufrechterhaltung des Schulbetriebs arbeiten. Der Präsenzunterricht ist als sozialer Lernraum durch nichts zu ersetzen.

Burkhardt Loclair, Malchin

Falsches Signal

(E&W 12/2020, Seite 34 f.: „Lernen ist in jedem Kind verankert“)

So interessant ich das Interview fand, hier wird in erster Linie eine Botschaft vermittelt: Gute Schule mit inklusivem Anspruch funktioniert – auch unter den gegebenen institutionellen und personellen Rahmenbedingungen. Sicher, das geht immer zu Lasten von Arbeitszeit und Bezahlung. „Doch die Zufriedenheit ist groß, alle erleben den hohen Grad an Teamarbeit und Beteiligung als enorm effizient und gewinnbringend.“ Was will ein Arbeitgeber mehr? Eine solche Botschaft erwarte ich in einer Werbebroschüre der Kultusministerien, aber nicht in einer Gewerkschaftszeitung.

Leider nehme ich eine solche Haltung in den vergangenen Jahren häufiger in den Positionierungen meiner Gewerkschaft wahr, und es fällt mir schwer, das im Kollegium zu vermitteln.

Wenn die GEW solche Signale sendet, entfernt sie sich zunehmend von der Lebenswirklichkeit der Kolleginnen und Kollegen, die täglich die Erfahrung machen: Es funktioniert eben nicht, die Bildungsmisere zu bewältigen, ohne zuerst an den ökonomischen Stellschrauben zu drehen. Uns fehlen nicht in erster Linie neue Konzepte (die gibt es zuhauf), sondern mehr Lehrerinnen und Lehrer sowie kleinere Klassen.

Michael Csaszkóczy, Heidelberg

Whataboutism

(E&W 12/2020, Leserforum Seite 44: „Debatte verhärtet Fronten“)

Zum Leserbrief von Ulrich Bald zu „Eine Arbeit, die nie enden darf“ in E&W 10/2020: Whataboutism von seiner „schönsten“ Seite. Was hat Terrorismus mit jahrhundertealtem Rassismus zu tun? Warum muss in Beiträgen über Rassismus besonders auf Antisemitismus eingegangen werden? Wer hat behauptet, Rassismus sei nur ein deutsches Phänomen? Die Rassismusdebatte wird endlich – endlich! – auch hierzulande scharf geführt. Denn wohin keine Debatten oder Wischiwaschi-Diskussionen führen, haben wir ja in den vergangenen Jahrzehnten gemerkt: nirgendwohin! Aber wir können natürlich auch so weitermachen wie bisher, dann haben wir vielleicht keine „verhärteten Fronten“, aber dann bleibt auch alles schön beim Alten.

Der beste Kniff aber und so typisch wie verwerflich: Endlich trauen sich Opfer von Rassismus laut zu werden, weil sie jahrelang nicht gehört werden, und dann trifft sie der Vorwurf, dass ihretwegen „radikale Ränder“ anwachsen? Das kann nicht wirklich ernst gemeint sein!

Juliane Kühne, Berlin

Menschen wie Du und ich

(E&W 12/2020, Leserforum Seite 44 f.: „Flüchtlingspolitik spaltet“)

Matthias Weichelt benennt in seinem Brief in aller Klarheit ein Hauptproblem geflüchteter Menschen in Deutschland: „Nach meiner Einschätzung gibt es hierzulande keine (grundlegende) Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen.“

Wenn es, weitere Zitate, „fehlende Akzeptanz“ in der „normalen Bevölkerung“ gibt (Zugezogene sind also „unnormal“?), ist es unmöglich, „gleich-geachtete(r) Bürger“ zu werden. Achtung müssen sich Geflüchtete also gegen Vorurteile wie „Parallelgesellschaften“ oder „zunehmende Kriminalität“ erkämpfen: keine guten Integrationsvoraussetzungen.

Sprachdefizite sind ganz klar ein Problem. Könnte es jedoch sein, dass Ausgegrenzte weniger Lernenthusiasmus zeigen als andere? Und wie einfach ist es, flink eine Fremdsprache zu erlernen? Sollte Herr Weichelt in der DDR Russisch gelernt haben (unter Umständen, die sicher lernfördernder waren als für Geflüchtete), würde ich gern nachfragen, inwieweit er diese so wichtige Brudersprache ausreichend beherrscht, um auf andere Sprachlerner herabzuschauen. Gerade im Bildungsbereich (ist nicht jede/r Abonnent/in der GEW-Zeitschrift hier tätig?) sollte man doch um die Voraussetzungen für gelungenen Fremdsprachenerwerb wissen.

Dass jemand „lebenslang Ausländer“ bleibt, wäre nicht problematisch, wenn eine Gleichstellung oder zumindest Gleichachtung erfolgen würde. Aber die verweigert Herr Weichelt. Zudem setzt er Flüchtlinge pauschal mit Ausländern gleich. Unterstellt Herr Weichelt auch weißen Kanadierinnen oder Dänen das Bilden von „Parallelgesellschaften“ und Kriminalität? Oder zeigt sich hier Xenophobie, die sich an der Hautfarbe festmacht?

Ich fände es fantastisch, wenn die Mehrzahl der Leute in Deutschland sich auf eine human(istisch)e Argumentation über (und mit) Geflüchtete(n) einließe. Und dazu gehört natürlich, dass es unter ihnen prozentual genauso viele Verbrecher und moralisch bankrotte Individuen gibt wie unter Nicht-Geflüchteten. Denn, Überraschung: Es sind Menschen wie Du und ich.

Andrés Javier de Oso Muñoz, Leipzig

Falsche Grundhaltung

(E&W 1/2021, Seite 2: „Engagement entscheidet“)

Nein! Engagement aller in Schule tätigen Menschen ist wichtige Grundvoraussetzung und fast immer vorhanden. Entscheidend ist eine seit Jahrzehnten an den Anforderungen gemessen unzureichende Finanzierung und Entschei-

dungsmöglichkeit der direkt vor Ort arbeitenden Menschen.
In Jahrzehnten sehr engagierter Arbeit als Grundschullehrer, nach Burn-out, Herzinfarkt und schwerer Krankheit nervt mich diese Grundhaltung, von dem „Einsatz vor Ort“ ohne notwendige Ausstattung immer mehr zu fordern.
Johannes Becker, Bremen

Kein Erfolgsmodell

(E&W 1/2021, Seite 6 ff.: „Kooperation zwischen Tür und Angel“)

Es freut auch mich, dass die Zahl der Ganztagsschulen gestiegen ist. Das haben wir sicherlich auch unserem Einsatz als GEW mit zu verdanken.
Der Leitartikel macht aber doch die Konsequenzen recht deutlich. Ohne Mehrarbeit, die immer zu Lasten der einzelnen Kolleginnen und Kollegen geht, ist das nicht zu machen. Ein Zitat aus dem Artikel: „Die (die Lehrkräfte) packen dann noch ein paar Stunden drauf, damit das funktioniert …“ Nun können wir nach zusätzlichem Personal oder Reduzierung der Stundenzahl rufen, aber hier haben wir als GEW, wenn wir ehrlich sind, bisher nicht viel erreicht.
Vor diesem Hintergrund kann die Bremer Schule nicht als Erfolgsmodell angesehen werden, und ich würde mich freuen, wenn wir als GEW nicht nur die Schülerinnen und Schüler, sondern auch uns Lehrkräfte im Blick haben. Wenn ein Modell nur mit Mehrarbeit funktioniert, muss man die Konsequenz ziehen und sagen: „Es funktioniert eben nicht.“
Wir alle wissen, dass die Mehrbelastungen zunehmen. Ich wünsche mir von der GEW, dass sie dies deutlich und mit Nachdruck benennt und die Einrichtung von Ganztagsschulen nur dann begrüßt, wenn zum Beispiel im Vorfeld Stundenreduzierungen durchgesetzt werden. Erst dann wird ein tatsächliches Erfolgsmodell daraus. Im Übrigen denke ich, dass der Artikel auch nicht gerade die kollegiale Solidarität fördert. Wenn Kolleginnen und Kollegen, die freiwillige Mehrarbeit leisten, im Artikel gelobt werden, so bedeutet dies, dass die Kolleginnen und Kollegen, die diese Mehrarbeit nicht machen möchten, auf diesem Wege ja geradezu genötigt werden, sich ebenfalls für einen guten Zweck ausbeuten zu lassen.
Sönke Grimm, Flensburg

Dank den Rechnungshöfen

(E&W 1/2021, Seite 18 ff.: „Schulen nur für wohlhabende Schichten?“)

Für mich ein sehr aufschlussreicher Artikel. Die Forderung „Mehr Geld für Bildung“ wird oft abgelehnt, weil dafür angeblich die Mittel fehlen. Jetzt weiß ich, warum! In den vergangenen Jahren gründeten sich immer mehr Schulen in privater Trägerschaft und mit dem Anspruch, als Ersatzschule öffentliche Gelder zu beanspruchen. Das im Artikel benannte geringe Interesse der staatlichen Stellen und gewählten Regierungen, ihre gesetzlichen Vorgaben durchzusetzen, verwundert nicht; der Einfluss, Druck und die „Überzeugungsarbeit“ von Lobbygruppen traf bei den politisch Verantwortlichen oft auf offene Ohren. Wenn es keine parlamentarische Opposition gibt, ist es gut, dass die Rechnungshöfe hellwach sind und solche Missstände aufdecken und kritisieren.
Friedrich Hentschel, Berlin

Skandalöse Verhältnisse

(E&W 1/2021, Seite 24 f.: „Für faire Honorare“)

Der Artikel lässt einen schon zweifeln, warum man Mitglied einer Gewerkschaft ist. Während es monatelang um die Verbeamtung von Lehrkräften in Sachsen ging, um die Angleichung der Grundschullehrerinnen und -lehrer an die Gymnasiallehrkräfte, hält es dieselbe Gewerkschaft offenbar für ausreichend, „für faire Honorare“ an der Volkshochschule (VHS) zu streiten. Nun, der im Beitrag benannte Sprecher, Hajo Kuckero, kann es sich als pensionierter Lehrer leisten, aus Gründen des Zeitvertreibs für Trinkgelder an der VHS zu unterrichten. Genauso, wie es der Ursprungsgedanke der VHS war. Finanziell privilegierte Menschen geben für wenig Geld Wissen an weniger Privilegierte weiter. Es ist Herrn Kuckero auch anzurechnen, dass er auf die skandalösen Beschäftigungsverhältnisse in der Weiterbildung hinweist. Faktisch ist die Situation so, dass prekär beschäftigte „Selbstständige“ für Witzbeiträge Kurse vor Leuten unterrichten, die sich mehrheitlich leisten könnten, mehr zu bezahlen. In den Integrationskursen wiederum, für deren Teilnehmer dies oft nicht gilt, soll der Honorarsatz nun von 35 auf 41 Euro steigen. An der Grundsatzfrage, wie es sein kann, dass beispielsweise die angeblich so wichtigen Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten sowie die der beruflichen Eingliederung überhaupt von Honorarkräften an einer VHS durchgeführt werden, rührt die GEW offensichtlich nicht. Die Integrationskurse unterliegen einem bundesweiten Lehrplan, die Lehrwerke werden in aller Regel vom Träger vorgeschrieben. Kein Mensch kann erklären, wieso das von „Freiberuflern“ durchgeführt wird. Diese Kurse gehören nicht in die Hände der VHS. Es sollte der GEW, die sich für Integration engagiert, die Frage wert sein, wieso die Leute, die sich der Integration oder dem Nachholen von Schulabschlüssen hauptberuflich widmen, den Arbeitsbedingungen von Tagelöhnerinnen und Tagelöhnern unterliegen. Man braucht keine „fairen Honorare“, sondern die Frage, wieso diese Aufgaben von billigen Honorarkräften ohne jede soziale Absicherung durchgeführt werden anstelle von anständig bezahlten Angestellten. Das System „Volkshochschule“ gehört für Hauptberufler nicht reformiert, sondern abgeschafft.
Catharina Eckstein, Leipzig

Anm. d. Red.: Über die sozial prekären Beschäftigungsverhältnisse in der Weiterbildung hat die E&W jüngst etwa in folgenden Ausgaben berichtet: 4/2020, Schwerpunkt „Prekäre Arbeitsbedingungen in Hochschule und Weiterbildung“ (Ausbeutung in der Erwachsenenbildung: „Selbst der Minister schämt sich“, S. 14 f.); 7-8/2020, Prekäre Lage in der Weiterbildung: „Ohne Schutz“, S. 30 f.

Therapeutische Misere

(E&W 1/2021, Seite 22 f.: „Seit langem zu wenig beachtet“)

Über die aktuelle und pandemiebedingte Misere im förder- und inklusionspädagogischen Bereich hinaus reicht die Misere bis in den geragogischen Bereich hinein. Viele Institutionen, die alten und pflegebedürftigen Menschen eine besondere Wohnform bieten, las-

sen die dort Wohnenden quasi dahinvegetieren, weil sie ihre überlebensnotwendigen Therapien nicht erhalten. So dürfen Heimbewohnerinnen und -bewohner präventiv nicht ihre besondere Wohnform verlassen oder die Therapierenden dürfen für Hausbesuche nicht in die besondere Wohnform hinein. Die Bewohnerinnen und Bewohner sterben dann nicht an einer Infektion mit SARS-CoV-2. Sie sterben an einer therapeutischen Unterversorgung!

Carsten Rensinghoff, Witten

Auf Respekt angewiesen

(E&W 1/2021, Seite 34 f.: „Frankreichs Dilemma“, sowie Seite 36 f.: „Stimmen aus dem ‚Brennpunkt‘“)

Karikaturen über Mohammed oder den Papst können im französischen „Charlie Hebdo“ oder im deutschen „Eulenspiegel“ erscheinen; dies garantiert die Meinungsfreiheit. In meinem Unterricht will ich sie nicht verwenden oder zeigen. Mir reichen die antisemitischen Karikaturen im Geschichtsbuch der Oberstufe. An diesen und am Beispiel des Nationalsozialismus kann ich die Folgen von Menschenverachtung und Religionsfeindschaft gut erklären. Gegenüber meinen Schülerinnen und Schülern erwähne ich dabei, dass der Herausgeber des Hetzblatts „Der Stürmer“ nach dem Zweiten Weltkrieg zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Ermordet hatte er persönlich niemanden; sein Anteil an den Verbrechen gegen die Menschlichkeit war die Verbreitung des Hasses.

Beleidigungen oder Schmähungen von Menschen und Religionen sind also in den unterschiedlichsten medialen Formen nichts Neues in Deutschland. Das Internet verbreitet solche Texte oder Bilder heute nur schneller und weiter. Ich unterrichte seit vielen Jahren christliche, jüdische und muslimische Jugendliche an einem Beruflichen Gymnasium in Magdeburg. Die meisten Schülerinnen und Schüler in Magdeburg und Sachsen-Anhalt würden sich übrigens als „nicht religiös“ bezeichnen, da sie keiner Religionsgemeinschaft angehören.

Mit Toleranz oder sogar Respekt vor den unterschiedlichen Bekenntnissen oder auch keinem religiösen Bekenntnis ist ein gemeinsames Lernen möglich. Nur etwa 12 Prozent der Menschen in Magdeburg und Sachsen-Anhalt gehören wie ich der evangelischen Kirche in Mitteldeutschland an. Nur etwa 12 Prozent der Lehrkräfte an meiner Schule sind Mitglieder der GEW. Als Beitrag zahlendes Mitglied dieser beiden Minderheitsgruppen bin ich auf die Toleranz und den Respekt von anders Denkenden und Glaubenden angewiesen; da kann ich selbst gar nicht anders handeln.

Stephan Schneberger, Magdeburg

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409,
60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Inklusion voll digital
Interaktive Aufgaben und multimediale Tools.
Jetzt entdecken über www.cbm.de/digitales-lernen
cbm

www.schulorganisation.com
Dokumentation Organisation Rechtssicherheit
✆ 02521 29905-10
F&L SCHULORGANISATION Verlage Flöttmann & Langenkämper

NIMM RASSISMUS PERSÖNLICH
Werde aktiv und unterstütze Amnesty.
www.amnesty.de/mitmachen
AMNESTY INTERNATIONAL

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

Ihre Anzeige in der E&W:
- Eine klare Zielgruppe erreichen
- Auflagenhöhe von über 270.000
- Zielgerichtet erfolgreich werben
- Attraktives Umfeld für Ihre Werbung

Kontaktieren Sie uns!
0201/84300-0 · anzeigen@stamm.de

Diesmal

Cartoon: Thomas Plaßmann